

END OF LANDSCHAFT

Windkraftmonster zerstören unsere heimischen Wälder – der bürgerliche Widerstand wächst

Am Anfang steht fast immer derselbe Satz: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen alles.“

Und am Ende steht fast immer dieselbe Erfahrung: Man wird trotzdem behandelt, als sei man ein Störfaktor. Als sei schon der Einwand, ein Wald könnte mehr sein als eine freie Industriefläche, Ausdruck von Rückständigkeit. Als habe der Bürger gefälligst zu nicken, wenn ignorante Bürgermeister, Landräte, Regierungs- und Ministerpräsidenten in unheilvoller Allianz mit einer entfesselten Windkraftlobby über seinen Kopf hinweg entscheiden.

Genau hier beginnt die Geschichte vieler Bürgerinitiativen – nicht nur in Hessen – zwei seien hier stellvertretend für viele andere erwähnt **BI Winterstein** im nördlichen Taunus und **Heubach Liebe** im vorderen Odenwald.

Zwei Regionen, zwei Landschaften, zwei unterschiedliche Ausgangslagen. Aber derselbe Eindruck: Erst wird geplant. Dann beschleunigt. Dann beschwichtigt. Und wer widerspricht, gilt schnell als verdächtig!

Auf der Website der **BI Winterstein** ist von einer „existenziellen Bedrohung“ die Rede – für Heilwald, Quellen und Gesundheit, für Brunnen und Wasserschutzräume und letztlich auch für den Heilbad-Status von Bad Nauheim. Die Initiative verweist auf **siebzehn geplante Anlagen**, auf offene Fragen zu Gutachten und Geologie, auf Anschlussprobleme und auf Zweifel an der wirtschaftlichen Stabilität des Investors. Vor allem aber kritisiert sie ein Verfahren, das aus Sicht vieler Bürger vor allem eines ist: eine Entscheidung über ihre Köpfe hinweg.

Die **AG Heubach Liebe** formuliert ihren Widerstand anders, aber nicht weniger deutlich. Im Odenwald geht es um **sechs geplante Windkraftanlagen** in den Vorranggebieten 2-92 und 2-95. Die Initiative organisiert Veranstaltungen mit Betreibern, Behörden und Experten, formuliert Einwendungen, veröffentlicht Studien und recherchiert Zahlen.

Der Protest ist dort längst nicht mehr bloß ein „NEIN!“ auf dem Marktplatz. Er ist organisiert. Dokumentiert. Öffentlichkeitsfähig.

Wer diese Initiativen vorschnell als klassische „Dagegen-Gruppen“ abtut, macht es sich zu einfach. Denn ihr Protest speist sich nicht aus Ideologie, sondern aus Ortskenntnis: um konkreten Wegen, Quellen, Waldstücken und Blickachsen.

Für **Kerstin Dutiné** von der **BI Winterstein** ist der Höhenzug kein Punkt auf der Landkarte,

sondern ein Herzensgebiet. Als sie sich in die Unterlagen einlas, wurde für sie schnell klar, worum es geht: „Die Heilquellen müssen geschützt werden.“

Auch im Odenwald begann der Widerstand nicht mit Ideologie, sondern mit persönlicher Erfahrung. Gerade deshalb ist die Stimme von **André Leers** so bemerkenswert. Der frühere Kommunalpolitiker war lange selbst Befürworter der Windkraft. Erst nach intensiver Beschäftigung mit dem Thema änderte er seine Haltung. Sein Fazit ist ebenso schlicht wie brisant: „Die ideologische Verblendung ist den Fakten gewichtlos.“

Damit wird deutlich: Der eigentliche Konflikt lautet nicht einfach „Windkraft – ja oder nein“. Er lautet: **Darf Landschaft nur noch unter dem Gesichtspunkt technischer Verwertbarkeit betrachtet werden?**

Darf ein Wald nur so lange Wald sein, bis jemand errechnet hat, dass er sich energietisch nutzen lässt? Darf ein Heilwald, ein Naherholungsgebiet oder ein Höhenzug mit einem Federstrich zum „Vorranggebiet“ erklärt werden – und jede Gegenrede gilt dann als irrational?

Die Bürgerinitiativen beantworten diese Frage mit einem klaren Nein. Nicht, weil sie Maschinen hassen – nicht, weil sie Fortschritt fürchten.

Sondern weil sie etwas verteidigen, das in der Energiewende-Debatte fast verschwunden ist: **Landschaft als Lebensraum – nicht als Restfläche.**

Wie gewaltig die industrielle Dimension moderner Windanlagen ist, zeigt ein einfacher Vergleich: Neben einem bis zu 400 Meter hohen Windrad wirkt ein Linienbus wie ein Spielzeug, eine ausgewachsene Buche wie Buschwerk – und selbst ein 150-Meter-Funkturm erscheint nur noch wie ein Vorbau dieser Stahlgiganten.

Besonders greifbar wird der Konflikt im Odenwald. Dort sprechen die Aktivisten nicht nur über negative CO₂-Bilanzen, sondern vor allem auch über zehn Kilometer Schneisen mitten durch den Wald, über großflächige Rodungen, über 33 Quellen und über einen der längsten Waldwege der Region.

Viele Bürger reagieren zunächst erschrocken – und greifen dann doch wieder zum Totschlagargument: „Wir brauchen doch den grünen Strom! Oder bist Du etwa ein Putin-Versteher?“

Damit ist der zweite Kern des Konflikts benannt: die **moralische Erpressung des Einwands.**

Wer gegen Windkraft im heimischen Wald argumentiert, soll plötzlich selbst das gesamte Energiesystem erklären. Er soll sofort Ersatzlösungen präsentieren und den global inszenierten Klimahype rechtfertigen – während Projektierer, Behörden und politische Befürworter diese Fragen erstaunlich selten beantworten müssen.

Dabei sind auch die wirtschaftlichen Einwände der Initiativen keineswegs bloß Gehül.

Im KLARTEXT-Videopodcast verweisen Vertreter beider Gruppen auf aus ihrer Sicht verzerrte Anreizsysteme: garantierte Vergütungen, staatliche Zuschüsse bei niedrigen Strompreisen, steigende Netzausbaukosten und die Gefahr, dass Kommunen und Grundstückseigentümer am Ende auf den Rückbaukosten sitzenbleiben.

Hinzu kommen technische und gesundheitliche Fragen – etwa zu **PFAS, Bisphenol A oder Infrarotstrahlung**. Für die Initiativen sind sie ein erstzunehmender Teil der Debatte, insbesondere mit Blick auf Wasser, Boden, Gesundheit und Lebensqualität.

Doch selbst dort, wo Expertenvorträge stattfinden und Gutachten kritisch diskutiert werden, erleben viele Bürger vor allem eines: dass ihre Bedenken oft als Randthema behandelt werden.

Und genau hier beginnt das dritte Problem: das **Demokratiedefizit.**

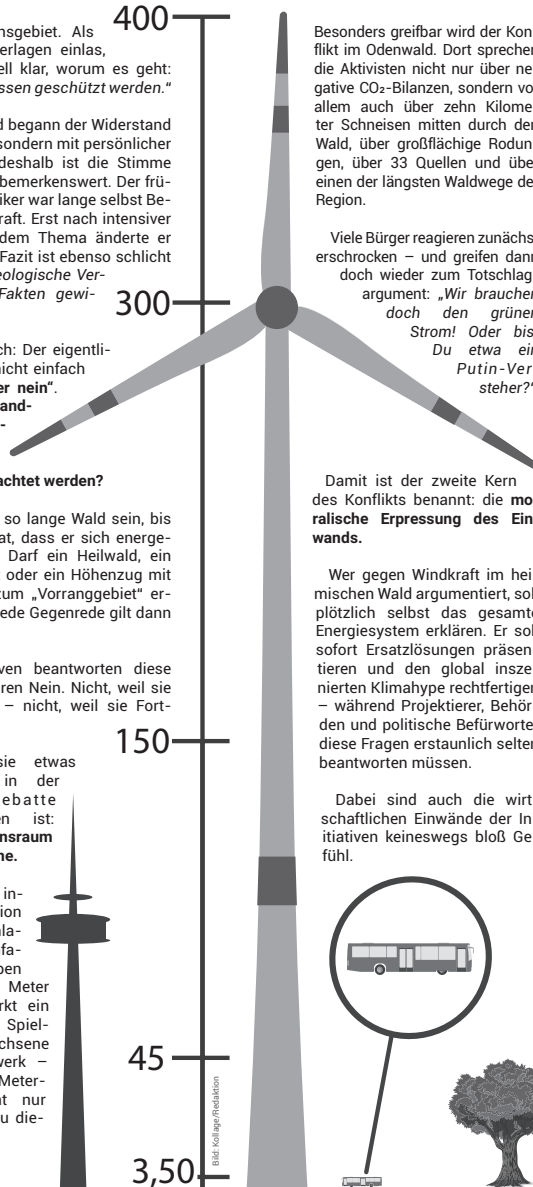
Bürgerengagement wird gelobt – solange es dekorativ bleibt. Sobald es wirksam werden könnte, wird es unbequem.

Was beispielhaft im Taunus und im Odenwald geschieht, ist deshalb keine Provinzposse. Es ist ein Lehrstück über den Zustand unseres Landes und seiner Menschen, die gerade dabei sind, sich selbst aufzugeben. Über eine ideologisierte Energiewende, die immer öfter wie ein Verwaltungsakt gegen das Konkrete wirkt. Über Bürger, die erst dann sichtbar werden, wenn sie stören. Und über Landschaften, die so lange als schützenswert gelten – bis jemand in Wiesbaden, Berlin oder Brüssel beschlossen hat, dass sie „verwertbar“ sind.

Wer das alles für Fortschritt hält, hat nicht verstanden, was gerade für unsere Generation und die, die noch kommen sollen, verloren zu gehen droht. Und wer diese Bürgerinitiativen belächelt, sollte sich fragen, ob nicht gerade sie die letzten sind, die noch begriffen haben:

Eine Heimat lässt sich nicht in Megawatt messen – erst recht nicht in der nächsten Dunkelflaute!

Ann.d.Red.: Zum ausführlichen Bericht über das wertvolle Engagement der beiden Bürgerinitiativen, wie man diese unterstützen kann und zum KLARTEXT-Videopodcast mit ihnen hier folgen: <https://ktrm.short.gy/Bshb>



EDITORIAL

KLARTEXT RHEIN-MAIN-NECKAR – DIE VIERUNDZWANZIGSTE AUSGABE

Willkommen! Mit dieser 24. Ausgabe haben wir das doppelte Dutzend voll. Und auch diese Zeitung hat wieder einmal das Potenzial, Ihr bürgerliches Selbstbewusstsein zu stärken. Dabei geht es gar nicht in erster Linie um die Informationen hier drin. Sondern allein um die Tatsache, dass jemand von uns sein Maul aufmacht. Und dass seine Worte sogar 70.000-fach gedruckt und in Briefkästen verteilt werden. Das macht Mut. Es ist ein Zeichen der Hoffnung auf eine Wende.

Geopolitisch ist eine Wende hin zu Frieden und Abrüstung dringender denn je. Und das fängt schon mit unserer Sprache an. Wurden der erste und der zweite Weltkrieg noch als „KRIEG“ bezeichnet, hieß der Vietnamkrieg offiziell eine „vom Kongress genehmigte Gegenoffensive“. Den Koreakrieg nannten sie offiziell einen „Polizeieinsatz mit Panzern“. Die beiden Irakkriege und den Krieg gegen Libyen nannten sie „Militäraktionen“. Eine „Koalitionsoperation im Rahmen einer genehmigten Verteidigungsstabilisierung“ soll der Afghanistankrieg gewesen sein. Der Kriegsaktin Caracas/Venezuela waren „Einsatz der US-Strafverfolgungsbehörden“. Und wie bezeichnet man offiziell nun den aktuellen Krieg gegen den Iran? Halten Sie sich fest: Das ist eine „Präventive Vergeltungsmaßnahme zur Deeskalation“. Schauen Sie sich nicht die Epstein-Akten an. Schauen Sie sich nicht die Preise an den Tankstellen an. Gehen Sie einfach weiter. Es gibt hier nichts zu sehen!

Deshalb brauchen wir auch eine Zeitenwende abseits von den Wahlplakaten, die viele von uns in den letzten Wochen erneut mit Abscheu erleben mussten. Die vollmundigen Versprechen von Politikern, die uns Rezepte gegen Probleme verschreiben wollen, welche sie selbst zuvor erst erschaffen haben. Und dennoch werden immer noch zu viele von diesen Darstellern wiedergewählt.

In Baden-Württemberg sorgt z.B. eine unheilvolle Allianz aus politischen Laiendarstellern dafür, dass die kümmerlichen Reste des einst stolzen Landes von Friedrich Schiller, Karl Benz, Ferdinand Porsche, Robert Bosch, Friedrich Hecker, Albert Einstein und Claus Graf von Stauffenberg abgewickelt werden. Aber auch in Bayern oder Hessen sieht es nicht viel besser aus, wenn man sich die Wahlergebnisse in manchen Städten und Kommunen ansieht.

Umso erfreulicher ist es, dass wir u.a. mit dieser Bürgerzeitung mehr als nur „ein Zeichen“ setzen können. Wenn Sie das unterstützenswert finden, dann machen Sie mit bei unserer Graswurzelarbeit in dieser Wendezeit: fordern Sie für sich und Ihre Nachbarn Zeitungen an oder unterstützen Sie uns anderweitig: www.klartext-rheinmain.de/kontakt

Ihre Bürgerzeitungsredaktion

CASUS BELLI: WIE DIE WIRKLICHKEIT FÜR DEN KRIEG MASSGESCHNEIDERT WIRD

EIN KURZER BERICHT ÜBER DIE INSZENIERUNG VON GEWALT VON BASTIAN ALEXANDER WERNER

Man sagt, das erste Opfer des Krieges sei die Wahrheit. Das ist eine romantische Verklärung. Die Wahrheit stirbt nicht zufällig im Gefechtslärm. Sie wird hingerichtet – geplant, kaltblütig und lange bevor der erste Schuss fällt. Wer die Geschichte der letzten 150 Jahre nicht als Abfolge von Schlachten, sondern als Abfolge von Medienkampagnen liest, blickt in einen Abgrund. Was wir „Kriegsgrund“ nennen, ist oft ein PR-Produkt – und eine Anklageschrift gegen die Definitionsmacht der Wenigen über das Schicksal der Vielen.

Das offizielle Narrativ ist seit Jahrhunderten gleich: Der Staat ist friedliebend, die Führung besonnen. Dann geschieht das Unfassbare. Ein Telegramm beleidigt den König. Ein Schiff wird versenkt. Ein Sender überfallen. Babys werden aus Brutkästen gerissen. Massenvernichtungswaffen bedrohen die Welt. Der Krieg erscheint dann nicht als Wahl, sondern als moralische Pflicht. Der Bürger nickt, die Presse salutierte, die Söhne ziehen an die Front.

Doch kratzt man an diesen Erzählungen, erscheint keine moralische Substanz, sondern die kalte Mechanik der Macht. Der „Casus Belli“ ist häufig kein Fundstück der Geschichte, sondern ein Artefakt: hergestellt von jenen, die den Krieg wollen. Technisch verfeinert, im Prinzip aber immer gleich.

1870 zeigte Otto von Bismarck, wie effektiv redaktionelle Eingriffe sein können. Für den Deutsch-Französischen Krieg musste er keine Fakten erfinden, sondern nur die „Emser Depe-

sche“ bearbeiten. Aus einem höflichen diplomatischen Austausch zwischen König Wilhelm I. und dem französischen Botschafter Benedetti wurde durch gezielte Kürzungen eine Demütigung. Nicht das Ereignis wurde verändert, sondern sein Kontext. Das Ergebnis war kalkuliert: In Frankreich kochte die Stimmung, der Krieg kam. Ein Krieg, ausgelöst durch das Weglassen von Worten.

Im Ersten Weltkrieg wurde die Methode zynischer. Der Untergang der „Lusitania“ diente als moralischer Hebel, um die USA gegen Deutschland zu mobilisieren. Das Narrativ lautete: ein barbarischer Angriff auf ein unschuldiges Passagierschiff. Die spätere Realität zeigte: An Bord befanden sich Tausende Kisten Gewehrmunition und Schrapnellgeschosse. Mehr noch: Die Passagiere waren nicht nur Opfer, sie wurden in der Logik der Macht zu Kødern. Die Wahrheit wurde nicht nur verfälscht, sondern bewusst unvollständig gemacht.

1939 erreichte diese Praxis mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz einen Tiefpunkt. Hier wurde nicht mehr nur gelogen, hier wurde Theater gespielt – mit echten Leichen. KZ-Häftlinge wurden als Requisiten missbraucht, um einen polnischen Angriff zu inszenieren, der nie stattfand. Hitler brauchte vor dem Reichstag einen Vorwand, die SS lieferte ihm die blutige Kulisse. Der Kriegsgrund wurde zur Bühne.

Im Kalten Krieg wurde die Lüge technisch. Der Tonkin-Zwischenfall von 1964, der den Vietnamkrieg eskalieren ließ, beruhte maßgeblich auf Fehlinterpretationen, Radarechos und politischem Willen zur Zuspitzung. Aus Unsicherheit wurde Gewissheit gemacht, aus Verwirrung „unprovoked Aggression“. Präsident Johnson

erhielt mit der Tonkin-Resolution den Freibrief für einen Krieg, dessen Legitimation auf einem Phantom beruhte. Die Täuschung wurde hier zur administrativen Notwendigkeit.



In den 1980er Jahren verfeinerte sich die Methode weiter. Nicht immer ging es um den heißen Krieg, sondern um die psychologische Formung politischer Wirklichkeit. Bedrohungen wurden nicht nur beschrieben, sondern erzeugt, um Staaten in eine gewünschte Richtung zu lenken. Wahrnehmung wurde zum strategischen Schlachtfeld. Wer die Angst kontrolliert, kontrolliert am Ende auch das politische Verhalten ganzer Gesellschaften.

Im Golfkrieg zeigte sich dann die Privatisierung der Gräuelpropaganda. Die sogenannte „Brutkasten-Lüge“ war als solche eben keine spontane Zeugenaussage, sondern ein professionell inszeniertes Theaterprodukt. Tränen, Empörung, moralischer Schock – alles wirkte authentisch, doch die Geschichte war frei erfunden. Der Kriegsgrund wurde nun nicht mehr bloß politisch behauptet, sondern von PR-Profis emotional designt.

Der Irakkrieg 2003 markierte schließlich das völlige Versagen der Kontrollinstanzen. Zweifel-

haftes Material, unzuverlässige Quellen, politisch gewünschte Beweise für „Massenvernichtungswaffen“: Alles wurde so lange sortiert, bis das fertige Bedrohungsbild zur längst gefassten Kriegsabsicht passte. Vor den Vereinten Nationen präsentierte Colin Powell Grafiken und Behauptungen, die sich später als Fiktion erwiesen. Die Beweise wurden nicht gefunden, sondern bestellt.

Was lehrt dieser Blick in die Abgründe? Zunächst: Es gibt vor dem Krieg meist keinen „Nebel des Krieges“, sondern Nebelkerzen. Die Entscheidung zur Gewalt fällt häufig aus geostategischen oder ökonomischen Interessen. Der öffentliche Anlass ist nur das Ticket, das gelöst werden muss, damit die Bevölkerung mitgeht.

Und zweitens: Die Institutionen schützen uns nicht zuverlässig. Weder Medien noch Parlamente noch internationale Organisationen haben sich in diesen Fällen als wirksame Filter erwiesen. Zu oft wurden sie Teil der Echokammer.

Als aufgeklärte Bürger müssen wir uns von der naiven Vorstellung verabschieden, Regierungen würden gerade bei Krieg und Frieden selbstverständlich die Wahrheit sagen. Die Spur der Täuschung zieht sich durch die Moderne wie ein roter Faden. Skepsis ist deshalb keine Verschwörungstheorie. Skepsis ist, angesichts dieser Geschichte, die einzig rationale Haltung – und der erste Schritt zur geistigen Selbstverteidigung.

Denn das erste Opfer des Krieges ist nicht nur die Wahrheit. Es ist auch der kritische Verstand derer, die man für ihn gewinnen will.

Zum ausführlichen Artikel:
ktrm.short.gy/fvQR



„GELISTET = SANKTIONIERT“

Der Fall Jacques Baud – und die Frage, wie weit Europas Sanktionsmacht reichen darf



Bewegungsarrest – allerdings ohne vorheriges Gerichtsverfahren.

Genau darin sieht Baud den Kern des Problems. Er habe weder eine konkrete Anklage gesehen noch vor der Entscheidung Gelegenheit gehabt, Stellung zu nehmen. Die Maßnahme sei politisch beschlossen worden und wirke sofort.

Die EU wiederum begründet die Listung mit dem Vorwurf, Baud fungiere als „Sprachrohr prorussischer Propaganda“ und verbreite Verschwörungstheorien. Damit wird deutlich, worum es hier tatsächlich geht: nicht um Korruption, Waffenhandel oder Terrorismus, sondern um Deutungshoheit im Informationsraum.

Die eigentliche Frage lautet dann nicht nur, ob dieser Vorwurf im Kern überhaupt zutrifft – sondern ob ein außenpolitisches Instrument dieser Schärfe überhaupt gegen publizistisch tätige Personen eingesetzt werden sollte.

EIN SYSTEM MIT AUSNAHMEN – UND VIEL BÜROKRATIE

Formal erscheint rein rechtlich das Sanktionssystem nicht völlig starr. Die zugrunde liegende EU-Verordnung erlaubt Ausnahmen. Behörden können beispielsweise Freigaben erteilen, wenn es um Grundbedürfnisse geht: Lebensmittel, Miete, medizinische Versorgung, evtl. auch mal einen günstigen Anwalt...

In der Praxis bedeutet das jedoch, dass Betroffene zunächst in einem administrativen Ausnahmeverfahren um Genehmigungen bitten müssen, um ihren Alltag wieder organisieren zu können. Kritiker sprechen deshalb von einem bürokratischen Flaschenhals: Erst wird eingeforen – und anschließend muss Schritt für Schritt eine Ausnahme erkämpft werden.

Baud berichtet, sein Antrag auf humanitäre Erleichterungen habe lange ohne Antwort bei den Behörden gelegen. Ob dies ein Einzelfall ist oder ein strukturelles Problem, lässt sich schwer beurteilen. Klar ist jedoch: Der Mechanismus wirkt sofort – während die Korrektur langsam arbeitet.

POLITISCHER DRUCK IN DER SCHWEIZ

In der Schweiz hat der Fall inzwischen politische Aufmerksamkeit erregt. Eine Bürgerinitiative startete eine Petition, um auf die Situation aufmerksam zu machen. Mitte Januar bestätigte die Bun-

deskanzlei den Eingang der Petition und leitete sie an das zuständige Departement weiter.

Kurz darauf legte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) Medienberichten eine Protestnote bei der EU ein. Bern kritisierte demnach insbesondere das Fehlen eines ordentlichen Verfahrens sowie mögliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Auch die Schweizer EU-Botschafterin soll in Brüssel interveniert haben.

Die diplomatische Reaktion kam allerdings erst Wochen nach der Listung. Für Kritiker ist das ein Hinweis darauf, wie schwer sich Staaten tun, wenn ihre Bürger durch Maßnahmen anderer Staatenbünde betroffen sind.

KEIN EINZELFALL?

Der Fall Baud ist nicht der erste dieser Art. Bereits zuvor wurden im selben Sanktionsregime zwei deutsche Publizisten gelistet: Thomas Röper und Alina Lipp. Medien sprachen damals von einem Novum, weil erstmals auch EU-Bürger im Kontext angeblicher Desinformation sanktioniert wurden.

Die EU rechtfertigt ihr Vorgehen mit dem Schutz vor angeblichen „hybriden Bedrohungen und Informationsmanipulationen“. Doch Kritiker stellen die Frage, ob die Schwelle für solche Maßnahmen inzwischen viel zu niedrig liegt.

Gerade bei Baud erscheint der Vorwurf aus Sicht vieler Kommentatoren vollkommen widersprüchlich. In seinen Analysen beruft er sich häufig auf westliche (sprich US-amerikanische oder ukrainische) Quellen. Zählen diese jetzt auch schon als „prorussische Propaganda“? Ob seine Schlussfolgerungen überzeugen oder nicht, ist eine Sache. Doch reicht dies aus, um ihn als Propagandisten einzustufen und sein gesamtes Leben mitsamt seiner Familie mit einem Schlag zu ruinieren?

SANKTIONEN OHNE URTEIL?

Rein juristisch handelt es sich bei EU-Sanktionen nicht um strafrechtliche Urteile. Betroffene können gegen ihre Listung vor dem Gericht der Europäischen Union klagen. Ein entsprechendes Verfahren läuft beispielsweise im Fall der deutschen Bloggerin Alina Lipp. Doch genau hier liegt ein zentraler Kritikpunkt: Der Rechtsschutz greift erst im Nachhinein. Während ein Verfahren läuft,

bleiben die Sanktionen in Kraft. Die Folge ist ein erheblicher Druck auf die Betroffenen – finanziell, beruflich und sozial.

DER „CHILLING EFFECT“

Darüber hinaus warnen Beobachter vor einem möglichen „chilling effect“. Wenn Journalisten, Blogger oder Analysten sehen, dass Publizisten durch politische Entscheidungen von Finanzsystemen und Mobilität abgeschnitten werden können, entsteht zwangsläufig ein Abschreckungseffekt. Selbst wenn eine Listung später aufgehoben würde, bleibt das Signal bestehen.

Plattformen, Banken oder Dienstleister reagieren in solchen Fällen oft besonders vorsichtig. Sie vermeiden jedes Risiko und beenden Geschäftsbeziehungen vorsorglich – selbst wenn rechtlich noch vieles ungeklärt ist. So entsteht eine Dynamik, in der nicht mehr nur politische Entscheidungen wirken, sondern auch die Vorsicht privater Institutionen.

EIN PRÜFSTEIN FÜR EUROPA

Der Fall Jacques Baud wirft deshalb eine grundsätzliche Frage auf: Wie viele Ausnahmeinstrumente verträgt eine Union, die sich selbst als Rechtsgemeinschaft versteht?

Sanktionen sind ein legitimes außenpolitisches Mittel. Doch wenn sie Personen treffen, deren Tätigkeit im Kern aus Veröffentlichungen, Analysen oder Interviews besteht, geraten grundlegende Prinzipien in Spannung: Sicherheit auf der einen Seite, Meinungsfreiheit und rechtsstaatliche Verfahren auf der anderen.

Man kann Europas Werte verteidigen – und gleichzeitig fragen, ob ihre Anwendung konsequent genug ist. Denn ein solches System, das Vertrauen in Freiheit und Recht bewahren will, muss gerade dann besonders sorgfältig handeln, wenn es zu außergewöhnlichen Maßnahmen greift.

Oder anders gesagt: Je härter das Instrument, desto stärker muss der Rechtsstaat sichtbar bleiben. Sonst entsteht am Ende nicht Sicherheit – sondern Misstrauen.

Am.d.Red.: Zum vollständigen Beitrag von M. Maler hier entlang:
ktrm.short.gy/W9M3



(SCHAU-)PROZESS GEGEN DEUTSCHLAND:

GROSSZÜGIG FINANZIERT, DILETTANTISCH DURCHFÜHRT UND AM ENDE GELÖSCHT?

Wie sich die deutschlandhassende Bubble im Thalia Theater selbst zerlegte

EIN KURZESSAY VON CHRIS BARTH



Im Hamburger Thalia Theater wurde neulich ein ganz besonderes „Stück“ aufgeführt, das sich „Prozess gegen Deutschland“ nennt – und doch eher wie ein Prozess gegen die Meinungs-

freiheit wirkte. Man spielte Gericht, man spielte Anklage, man spielte Verteidigung. Und man hoffte offenbar, dass am Ende nicht nur ein Publikum, sondern gleich ein ganzes Land im Chor nickt: „Ja, so muss man es machen“. Brandmauer, Ausgrenzung, moralische Etiketten – und als Krönung die juristische Fantasie vom Oppositionsverbot als hygienische Maßnahme gegen politisches Unbehagen.

Was dabei herauskam, war eine unfreiwillige Enthüllung. Denn sobald auf der Bühne Menschen auftauchten, die nicht ins Drehbuch passen, verwandelte sich das vermeintlich „aufklärerische“ Format in etwas Unschönes: in eine Art Tribunal, das mit zweierlei Maß misst. Wer im richtigen Milieu verankert ist, darf ausführen, abschweifen, die Zeit überziehen, wird gefeiert. Wer „falsch“ einsortiert wird, bekommt Unterbrechungen, Belehrungen, Herabsetzung – und im Zweifel den moralischen Daumen nach unten, bevor überhaupt eine Frage zu Ende gesprochen ist.

Der Kern dieses Abends war nicht juristisch, sondern psychologisch: Man wollte das Gefühl erzeugen, die „Demokratie“ könne nur gerettet werden, wenn man eine große Oppositionspartei aus dem Spiel nimmt. Nicht durch bessere Politik, nicht durch bessere Argumente, sondern durch Verbotssucht – geschneitelt im Ge-

wand des Rechtsstaats. Dabei fiel eine Wahrheit wie ein Stein ins Wasser: **Man kann mit der Begründung, man verteidige die Demokratie, die Demokratie auch abschaffen.** Und wenn ein Format den politischen Gegner erst zum moralischen Schädling erklärt, um ihn danach „rechtsstaatlich“ zu entsorgen, ist das kein Demokratieschutz, sondern Machttechnik.

Dass dieser Abend am Ende nach hinten losging, liegt ausgerechnet an jenen Auftritten, die man wohl nur als dekorative Staffage eingeplant hatte: Plädoyers und Zeugen, die sich nicht einschüchtern ließen. Menschen, die den Spieß umdrehten. Plötzlich stand nicht mehr „Deutschland“ vor Gericht, sondern die Mechanik der Diskursverengung aka „Brandmauer“ selbst: das reflexhafte Etikettieren, das Wegdefinieren, das soziale Kaltstellen. Wenn Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht widerlegt, sondern als „Bullshit“ abqualifiziert werden, ist das kein Streit um Fakten, sondern die Verweigerung von Fakten. Wenn ein Zeuge erklärt, dass Extremismus im Dunkeln gedeiht und deshalb ans Licht gehört, und man ihm statt Argumenten „Gefühle“ diagnostiziert, dann sieht man, worum es wirklich geht: um Kontrolle über Bühne und Rahmen.

Und dann geschah das eigentlich Skandalö-

se: Nachdem die Veranstaltung in Teilen anders verlief als geplant – weniger Beifall für die gewünschte Erzählung, mehr sichtbare Brüche, mehr peinliche Momente –, verschwanden plötzlich und unerwartet die meisten Videoaufnahmen auf YouTube. Gelöscht! Ausgerechnet in einem Stück, das vorgab, „aufzuklären“, wurden die Dokumente der eigenen Inszenierung beseitigt. Wenn das nicht der unfreiwilligste Kommentar zu diesem ganzen „Prozess“ ist, was dann?

Ich habe mehrere dieser Videotranskripte ausgewertet. Die gedruckte Version hier kann nur den Appetithappen liefern. Wer verstehen will, wie aus Theater ein politisches Erziehungsprogramm werden sollte – und wie schnell man diese Masche durchschauen kann –, der sollte die Langfassung online lesen. Scannen Sie den QR-Code. Dann sehen Sie schwarz auf weiß: **Nicht Deutschland stand auf der Anklagebank. Sondern die Idee, dass Bürger sich noch selbst ein Urteil bilden dürfen:**

ktrm.short.gy/06Bb

Ann.d.Red.: In der Zwischenzeit hat das Thalia-Theater selbst alle Videos (ob „redaktionell überarbeitet“ oder „original“, lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen) wieder selbst veröffentlicht. Der Shitstorm war wohl doch zu groß gewesen!

„Ein ungerechter Frieden ist besser als der gerechteste Krieg“

DIESES ZITAT WIRD CICERO ZUGESCHRIEBEN...

...und bedeutet, dass selbst ein unvollkommener Friedenszustand, der Verhandlungsspielraum bietet, dem Krieg vorgezogen werden sollte, da Krieg oft nur Zerstörung und Leid verursacht.

Der Kern der Aussage ist, dass Frieden eine Grundlage für Dialog, Zusammenarbeit und langfristige Lösungen schafft, während Krieg eine Umgebung der Feindseligkeit und des Misstrauens schafft.

• **Grundgedanke:** Der Friedenszustand ist eine Voraussetzung für das Leben, die Unversehrtheit und den Wohlstand, was ihn dem Krieg, welcher Tod, Leid und Elend mit sich bringt, grundsätzlich vorzuziehen macht.

- **Frieden als Verhandlungsbasis:** Selbst ein ungerechter Friede bietet die Möglichkeit, durch Dialog und Verhandlungen im Laufe der Zeit auf eine gerechtere Gesellschaft hinzuwirken.
- **Krieg als Zerstörung:** Der Krieg hingegen schafft eine Atmosphäre der Feindseligkeit und des Misstrauens, was es extrem schwierig macht, Fortschritte zu erzielen oder Gerechtigkeit herzustellen.
- **Originalquelle:** Das Zitat stammt aus Ciceros Werk „Ad Atticum“, wo es lautet: „Ich mahne unablässig zum Frieden; dieser, auch ein ungerechter, ist besser als der gerechteste Krieg.“

(EINSENDUNG VON MICHAEL KUNDERMANN)

EIN NEUER TAG DES ERINNERNS AN DIE CORONA-ZEIT

Sechs Jahre nach dem ersten bundesweiten Lockdown soll ein neuer Gedenktag an die Opfer der Corona-Zeit erinnern. Künftig möchte das ZAAVV den 22. März als stillen, dezentralen Tag des Erinnerns etablieren – ohne zentrale Veranstaltung und ohne politische Inszenierung.

Das Datum verweist auf den 22. März 2020, als der erste bundesweite Lockdown für Millionen Menschen einen tiefen Einschnitt markierte. Neben gesundheitlichen Folgen hinterließ die Corona-Zeit auch soziale, psychische und wirtschaftliche Belastungen.

Der neue Gedenktag soll Raum für sehr unterschiedliche Erfahrungen schaffen: für Angehörige von Verstorbenen, Menschen mit Long Covid, Selbstständige mit wirtschaftlichen Verlusten, Kinder und Jugendliche mit Bildungsdefiziten,

Pflegekräfte, Familien und Alleinlebende – aber auch für Menschen, die sich in dieser Zeit gesellschaftlich ausgegrenzt oder unter Druck gesetzt fühlten.

Die Initiatoren betonen, dass es nicht um eine politische Bewertung der Maßnahmen gehe, sondern um Anerkennung und Erinnerung. Jede Form des Gedenkens sei möglich – vom stillen Innehalten bis zu kleinen lokalen Initiativen.

Der 22. März soll so zu einem offenen Erinnerungsraum werden: nicht als Anklage, sondern als Zeichen für Anerkennung, Dialog und gesellschaftliche Verarbeitung.

Weiterführende Informationen zum Gedenktag und zum ZAAVV: ktrm.short.gy/AK3K

HANS-GEORG MAASSEN UND DIE DÜNNER WERDENDE LUFT DER FREIHEIT

Der Blick eines Eingebürgerten auf den deutschen Staat und dessen Umgang mit seinen Kritikern

Ich erinnere mich noch gut an mein erstes deutsches Klassenzimmer. Kreidegeruch, das Flüstern kurz vor Unterrichtsbeginn, die Regeln – und zugleich mein damaliges Verständnis: Hier zählt nicht, woher du kommst, sondern ob du dich anstrengst. Ich kam als Kind nach Deutschland, lernte die Sprache, lernte dieses Land kennen, fand Arbeit, zahlte Steuern, gründete eine Familie. Deutschland war für mich nie bloß ein Aufenthaltsort, sondern ein stiller Vertrag: Freiheit gegen Verantwortung, Rechte gegen Pflichten, Schutz gegen Loyalität zum Rechtsstaat.

Vielleicht trifft mich deshalb etwas, das andere nur beiläufig registrieren: wenn der Staat – oder Institutionen, die sich selbst für „den Staat“ halten – Kritik nicht mehr als normalen Bestandteil der Demokratie behandelt, sondern als Störfall. Als etwas, das man nicht widerlegt, sondern verwaltet. Nicht diskutiert, sondern etikettiert.

Mitte Februar sprach Dr. Hans-Georg Maaßen im Hamburger Rathaus über die Frage, ob wir in Deutschland „totalitäre Verhältnisse“ hätten. Ich habe mir bei kontroversen Aussagen von bekannten Persönlichkeiten angewöhnt auf deren Inhalt und Struktur zu achten: Was wird genau gesagt? Wie wird darauf reagiert? Und was sagt die Reaktion über das Klima im Land?

Maaßen spricht nicht in einem juristischen Lehrbuch, sondern mit Provokation und Ironie. Er spielt auf die VS-Beobachtung seiner Person an und stellt die rhetorische Frage, wie es sein könne, dass ein ehemaliger Chef eines Nachrichten-

dienstes durch seine früheren Kollegen beobachtet werde – „der einzige in der westlichen Welt“. Ein Mann, der das System von innen kannte, sagt nun, es richte sich gegen ihn – und deutet an, es habe mit seiner politischen Positionierung zu tun.

Als Bürger mit Migrationshintergrund weiß ich genau, wie schnell ein Klima kippen kann. Auch in vielen autokratisch regierten „Herkunftsländern“ begann dies selten mit offenen Verboten. Es beginnt mit Etiketten. Mit dem Gefühl, dass gewisse Sätze einen Preis haben. Dass manche Fragen unerwünscht sind. Dass man sich besser anpasst, um nicht in Schubladen zu geraten.

Maaßen benutzt dafür das Etikett „Brandmauer“ – und erklärt sie zum Prinzipienbruch. „Eine Brandmauer ist undemokratisch“, sagt er, „verfassungsfeindlich“. Sein Kernargument lautet: Man müsse mit allen reden – nicht koalieren, nicht verehren, aber reden. Dann sein zugespitzter Appell: „Herr Bundeskanzler, reißen Sie diese Brandmauer ein! Diese Brandmauer ist ein antifaschistischer Schutzwall gegen die Meinungsfreiheit!“

In Deutschland wird politische Zugehörigkeit zunehmend moralisch aufgeladen. Wer auf der „richtigen“ Seite steht, gilt als Demokrat; wer auf der „falschen“ Seite steht, gerät schnell unter Verdacht. Maaßen beschreibt das als schleichende Verengung des Sagbaren und macht die Meinungsfreiheit zur tragenden Säule der Demokratie: Wenn man nur noch sagen dürfe, was andere hören wollen, brauche man keine echte Demokratie mehr.



Ich denke dabei nicht nur an Talkshows, Schlagzeilen und Social Media. Ich denke an den Alltag: an Kollegen, die in der Kantine plötzlich flüstern; an Elternabende, bei denen man sich dreimal überlegt, ob man eine Frage stellt; an Vereine, in denen man spürt, dass bestimmte Themen wie Stromleitungen unter Putz liegen. Wer von außen kam, lernt oft früh, Stimmungen zu lesen. Man merkt: Du darfst dazugehören – solange du nicht störst.

Und dann ist da noch die Außenpolitik – ein Feld, in dem sich zeigt, was passiert, wenn „Halb-“ Strategie ersetzt. Maaßen formulierte es so: „Ich glaube, Herr Merz ist wirklich das Kunststück gelungen, seit 1945 erstmal sowohl Russland als auch die USA zu Gegnern zu haben!“ Wie konnte Deutschland in so kurzer Zeit außenpolitisch so isoliert wirken – und warum wird Kritik daran so schnell verdächtigt?

Maaßen versucht, diese Entwicklung theoretisch zu fassen: Er beruft sich auf Totalitarismusforschung und zeichnet den Gegensatz zwischen

einer „freiheitlichen Demokratie“, in der Ziele austauschbar bleiben, und einer „totalitären Demokratie“, in der ein Ziel vorgegeben wird und Debatte nur noch innerhalb enger Grenzen stattfindet. Seine Warnung ist klar: Nicht die Existenz von Wahlen entscheidet, sondern ob der Diskurs offenbleibt und Spielregeln gelten, auch wenn es un bequem wird.

Man muss Maaßen nicht in allem folgen, um die Grundfrage ernst zu nehmen: Gewöhnen wir uns daran, dass Demokratie nicht mehr Streit um den besten Weg ist, sondern Verwaltung eines als alternativlos erklärten Korridors? Dass Abweichung nicht mehr als legitime Opposition gilt, sondern als Mafel?

Ein Staat, der Kritik reflexhaft moralisiert, verliert Gelassenheit. Ein Rechtsstaat ohne Gelassenheit wird nervös. Und ein nervöser Rechtsstaat beginnt, Bürger wie Risiken zu behandeln.

Am Ende wünsche ich mir etwas Unaufgeregtes, fast Altmodisches: weniger Gesinnungsprüfung, mehr Argumente. Weniger Exkommunikation, mehr Gespräch. Und die Erinnerung daran, wem der Staat gehört: nicht den Apparaten und nicht den Lautesten, sondern den Bürgern – auch denen, die einst von außen kamen und inzwischen von innen mittragen.

Ann.d.Red.: Die vollständige Langfassung von Salvatore U., mit Zitaten, Kontext und Video-Link zum Redebeitrag von Dr. Maaßen lesen Sie hier: ktrm.short.gy/7TKq

AUSSERPARLAMENTARISCHE BÜRGER-ALLIANZ STATT WAHL-ILLUSION

RKI-Files und Epstein-Files zeigen: Ohne eigene Gegenmacht bleiben Bürger Statisten.

EIN GASTBEITRAG VON SONGÜL SCHLÜRSCHIED

Was, wenn unsere größte Illusion nicht die Lügen der Mächtigen sind, sondern der kindliche Restglaube, wir könnten dieses System allein mit einem Stimmzettel zähmen?

Als ich 2020 in „die Bewegung“ kam, stand ich zwischen Menschen, die ich für Verbündete hielt. Herzen auf der Straße, Plakate in der Hand, der gemeinsame Ruf nach Menschlichkeit. Ich dachte: Hier sind sie, die mit mir dasselbe wollen – Würde, Freiheit, Verantwortung. **Menschen, die nicht nur reden, sondern handeln.**

Es hat nicht lange gedauert, bis dieser Zauber gebrochen war. Ich sah Geldinteressen, Ego-Shows, Personenkult, bewusst gesetzte Spaltpilze. Ich sah Menschen, die mehr an Reichweite interessiert waren als an Wahrheit. Ich sah andere, die Misstrauen säten und Strukturen zerstörten, bevor sie stabil werden konnten. Und ich stellte mir Fragen, die bis heute offen sind: Warum klappt keine Großdemo mehr wie 2020? Warum verschwinden unsere „Experten“ so oft in Talkshows, statt gemeinsam an Aufarbeitung zu arbeiten? Warum kann man sich nicht mit anderen Fachleuten vernetzen, statt jeder für sich zu wirken? Warum ebbt der Aktionismus ab, sobald das System ein wenig Zuckerbrod hält und so tut, als sei alles „auf gutem Weg“?

Wer **Gustave Le Bon** gelesen hat, versteht das Muster: Die Masse denkt nicht, sie führt. Sie folgt Bildern, Mythen, Wiederholung. 2020 hatten wir ein klares Feindbild, starke Bilder, ein einfaches „Wir

gegen sie“. Genau deshalb war es so mächtig. Und genau deshalb kam danach, was immer kommt, wenn eine Masse gefährlich wird: Beruhigung, Spaltung, Ablenkung. Ein bisschen Freiheit hier, ein paar Zugeständnisse dort, neue Empörungsthemen in Dauerlauf. Aus „Wir sind viele“ wurde wieder „Ich allein“.



Bild: Songül Schlürscheid

Während wir uns an immer neuen Spaltungsachsen abarbeiten, laufen im Hintergrund die Dinge weiter, die zeigen, wie Macht funktioniert. Die RKI-Files sind dafür ein Paradebeispiel – nicht, weil sie eine einzelne „Smoking Gun“ liefern, sondern weil ihre Existenz das Grundproblem offenlegt: Innen Unsicherheit, Zweifel, Diskussionen über Datenlücken und politische Erwartungshaltungen. Außen zur selben Zeit Härte, Alternativlosigkeit, moralischer Druck. Kritiker wurden markiert und abgewertet – oft nicht als Teil einer demokratischen Debatte, sondern als Störfaktor.

Ähnlich zeigen die Epstein-Files, wie schwer es ist, echte Konsequenzen durchzusetzen, wenn

Macht, Geld, Erpressbarkeit und institutioneller Selbstschutz zusammenwirken. Selbst wenn Dokumente öffentlich werden und Namen kursieren, reagiert das System häufig nicht aus Einsicht, sondern erst dann, wenn der Druck zu groß wird. Die Botschaft beider Komplexe ist bitter einfach: Dieses System korrigiert sich selten freiwillig. Es schützt sich – und gibt nur so viel zu, wie nötig ist, um den Kessel wieder herunterzukühlen.

Genau hier wird die Frage nach Wahlen interessant. Wahlen können ein Grundpfeiler der Demokratie sein – und selbstverständlich sollten Bürger ihr Wahlrecht ernst nehmen. Wer wählen will, soll wählen. Darum geht es nicht. Es geht um etwas anderes: Wer glaubt, allein durch das Kreuzchen lasse sich die grundlegende Architektur von Macht, Abhängigkeiten und Selbstschutz ändern, überschätzt die Spielräume. Personal kann wechseln, Stil und Tempo auch – aber viele Grundlinien bleiben erstaunlich stabil.

Wenn das stimmt, dann lautet die entscheidende Frage nicht nur: „Wen wähle ich?“, sondern: **Welche dauerhafte Kontrollinstanz haben wir Bürger zwischen den Wahlterminen?** Auf dem Papier sollen Parlamente, Gerichte und Medien kontrollieren. In der Realität erleben viele einen Parteienstaat, in dem Fraktionsdisziplin, Listenplätze, Koalitionslogik und Karriereewege oft stärker wirken als der Bürgerwille.

Darum braucht es eine bürgergetragene Gegenmacht: eine **außerparlamentarische Bürger-Allianz**, unabhängig von Parteien und Konzerninter-

essen, fachlich stark, transparent und ausdauernd. Keine Ersatzregierung, keine Wahlboykott-Bewegung, kein „Geht nicht wählen“. Sondern ein Korrektiv von außen, das Akten liest, Protokolle auswertet, Gutachten verständlich macht, Widersprüche dokumentiert, Missstände öffentlich macht – und, wo nötig, mit Klagen, Petitionen, Recherche-teams und unabhängigen Medien Druck aufbaut. Eine Struktur, die nicht in Empörung stecken bleibt, sondern in kontinuierlicher Arbeit.

Unser blinder Fleck ist oft nicht fehlender Mut, sondern fehlende Gemeinsamkeit. Zu viele Einzelkämpfer, zu viel Ego, zu wenig Teamarbeit. Dabei gibt es Werkzeuge: Rechtsstrukturen, Klagegemeinschaften, Rechercheprojekte, Daten-Teams, Aufklärungsplattformen. Doch häufig bekommen gerade jene, die im Alltag still und zuverlässig arbeiten, am wenigsten Unterstützung – während Bühnenredner ohne Lösungskonzept gefeiert werden.

Wahrheit darf kein Konsumgut bleiben. Sie ist ein Auftrag. Die RKI-Files, die Epstein-Files und viele andere Komplexe zeigen: Wenn Bürger dauerhaft Souverän sein wollen, müssen sie sich auch dauerhaft so organisieren. Wahlen bleiben wichtig – aber sie sind nicht genug. Was fehlt, ist eine belastbare, bürgergetragene Kontrollinstanz, die das System nicht bittet, sich zu bessern, sondern es zwingt, sich zu erklären. Und die immer wieder erinnert: **Ohne uns läuft hier gar nichts!**

Anm.d.Red.: Langfassung lesen
Gastbeitrages hier online lesen
<https://ktrm.short.gy/X71q>

CUM-EX AUS SICHT EINES STEUERZAHLERS

Stellen Sie sich vor, Sie hören sich drei Stunden lang einen Podcast mit einem Cum-Ex-Insider an – und fragen sich, ob Sie hier im „besten Deutschland aller Zeiten“ als ehrlicher Steuerzahler am Ende der Dumme sind. Genau dieses Gefühl bleibt zurück, wenn man den Schilderungen von **Kai-Uwe Steck** zuhört, einem ehemaligen Wirtschaftsanwalt aus der Hochfinanz, der selbst Teil des Systems war und später zum Kronzeugen wurde.



Bild: Heilmann

Der Kern des Skandals ist erschreckend einfach: **Einmal gezahlte Steuer – zweimal erstatten lassen.** Banken, Investoren und spezialisierte Berater konsultierten rund um den Dividendenstichtag Aktiengeschäfte so, dass mehrere Beteiligte eine Steuerbescheinigung erhielten, obwohl die Steuer nur einmal gezahlt wurde. Mit diesen Bescheinigungen ließen sich anschließend Milliarden aus den Staatskassen erstatten.

Was wie ein Trick klingt, war in Wirklichkeit ein systematischer Griff in die Kasse der Steuerzahler. Der Bundesgerichtshof hat inzwischen bestätigt: Solche Cum-Ex-Geschäfte erfüllen den Straftatbestand der Steuerhinterziehung.

Doch der eigentliche Schock kommt an einer anderen Stelle. Denn nach Darstellung des Kronzeugen war das Problem dem Staat früh bekannt. Bereits Anfang der 2000er Jahre soll

die Bankenbranche das Bundesfinanzministerium auf den Mechanismus hingewiesen haben. Trotzdem dauerte es Jahre, bis ernsthafte Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Für viele Steuerzahler stellt sich deshalb eine unangenehme Frage: **Wie konnte ein solcher Milliardenraub über so lange Zeit funktionieren?**

Noch brisanter wird es, wenn man den Blick auf staatliche Banken richtet. Im Podcast wird geschildert, dass besonders **Landesbanken** an Cum-Ex-Geschäften beteiligt gewesen sein sollen. Milliarden fließen in solchen Häusern nicht ohne Wissen von Vorständen und Aufsichtsräten. Und in den Aufsichtsräten sitzen häufig Politiker.

Sollte das zutreffen – und danach sieht es aus – wäre der Skandal größer als bislang angenommen. Dann wäre Cum-Ex nicht nur ein Bankenverbrechen, sondern auch ein politisches Problem. Oder, zugespitzt formuliert: **Der Staat hätte sich selbst beklaugt!**

Besonders irritierend wirkt eine Episode aus der Gesetzgebung. Laut Steck hat die Bankenlobby massiv an einem Gesetzesvorschlag selbst mitgeschrieben, der Cum-Ex eigentlich hätte eindämmen sollen, am Ende aber eine gigantische Verlagerung und Vergrößerung des Problems legalisierte. Der Vorwurf: Der Text sei später nahezu unverändert Gesetz geworden.

Dabei habe ein einziges Wort eine entscheidende Rolle gespielt. Die Regelung griff demnach nur dann, wenn die entsprechenden Geschäfte „in Deutschland“ orchestriert wurden. Für die Finanzindustrie war das offenbar kein Hindernis. Man verlagerte die Steuerung der Geschäfte einfach ins Ausland – nach London, New York oder andere Finanzzentren.

Mit anderen Worten: Der Betrug wurde nicht beendet. **Er wurde internationalisiert!**

Der Schaden ist gewaltig. Schätzungen gehen

davon aus, dass europaweit **mehr als 100 Milliarden Euro** aus Staatskassen verschwunden sein könnten. Geld, das eigentlich für öffentliche Aufgaben gedacht war – Schulen, Infrastruktur, Sozialleistungen.

Die strafrechtliche Aufarbeitung läuft zwar, doch sie kommt nur langsam voran. In Deutschland ermittelt Staatsanwälte gegen **hundertfache Verdächtige**, insgesamt stehen rund **1.700 Beschuldigte** im Raum. Gleichzeitig drohen in manchen Fällen Verjährungsfristen abzulaufen.

Zwar gibt es inzwischen erste Urteile und auch Haftstrafen. Doch gemessen an der Dimension des Skandals wirken die Ergebnisse bislang überschaubar. Für viele Bürger entsteht deshalb der Eindruck, dass der Rechtsstaat bei kleinen Vergehen schnell und konsequent reagiert – bei milliardenschweren Finanzdelikten jedoch oft an seine Grenzen stößt.

Hinzu kommt die politische Ebene. Besonders häufig wird in diesem Zusammenhang der sogenannte **Warburg-Komplex** diskutiert. Dabei geht es um Treffen zwischen Vertretern der Hamburger Warburg-Bank und dem damaligen Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). Kurz darauf verzichtete die Hamburger Steuerverwaltung zunächst auf eine hohe Steuerrückforderung gegenüber der Bank.

Scholz beteuert bis heute, er könne sich an Details der Gespräche nicht erinnern. Juristisch konnte ihm bislang zwar kein Fehlverhalten nachgewiesen werden, doch politisch bleibt ein ungutes Gefühl zurück. Für viele Steuerzahler wirkt es wie ein Hohn: Wer beim Finanzamt eine Einnahme vergisst, muss mit Nachzahlungen, Zinsen und möglicherweise Strafverfahren rechnen. In der großen Politik hingegen scheinen Erinnerungslücken manchmal auszureichen.

Fest steht: In den entscheidenden Jahren saßen Vertreter aller großen Regierungsparteien – darunter auch SPD, CDU und Grüne – an den zentralen Schaltstellen der Macht. Sie stellten Kanzler, Minister und andere Schlüsselpositionen. Das bedeutet nicht automatisch strafrechtliche Schuld. Aber es bedeutet politische Verantwortung.

Und genau diese Verantwortung steht im Raum.

Cum-Ex ist deshalb mehr als ein Finanzskandal. Es ist ein **Vertrauensskandal**. Wenn Bürger den Eindruck gewinnen, dass milliardenschwere Trickereien jahrelang möglich sind, während der normale Arbeitnehmer jeden Cent erklären muss, dann gerät das Fundament des Gemeinwesens ins Wanken.

Am Ende bleiben Fragen, die viele Steuerzahler umtreiben:

- Warum wurde trotz früher Warnungen so spät gehandelt?
- Warum konnten internationale Finanzakteure jahrelang Milliarden kassieren?
- Und warum sind die politischen Konsequenzen bislang so überschaubar?

Der Schaden von Cum-Ex lässt sich nicht nur in Milliarden beziffern. Der eigentliche Schaden liegt im Vertrauen der Bürger in ihren Staat.

Denn wer jeden Monat seine Steuern zahlt, möchte zumindest eines wissen: **Dass für alle dieselben Regeln gelten.**

Anm.d.Red.: Wenn Sie dieses Thema interessiert, dann lesen und teilen Sie die Langfassung unseres diesbezüglichen Artikels mit weiterführenden Links hier: ktrm.short.gy/aQNJ

„SCHUTZ OHNE BEDARF“ – UND WER DEN PREIS DAFÜR BEZAHLT

Der Datenanalyst Tom Lausen hat in Wiesbaden keinen trockenen Zahlenvortrag gehalten. Er hat einen Abend geliefert, der aufrüttelt, entlarvt und streckenweise bitterkomisch ist. Doch hinter Spott und Zuspitzung Lausens „Enquete Talk“ steht eine ernste Frage: Wie konnte in der Corona-Zeit ein derart massiver Eingriff in Freiheit, Würde und Selbstbestimmung als alternativlos verkauft werden?

Lausen erinnert daran, dass staatliches Handeln in einem Rechtsstaat begründungspflichtig ist – nicht der Wunsch des Bürgers nach Freiheit. Genau dieser Grundsatz wurde in den Corona-Jahren vielfach auf den Kopf gestellt. Statt Selbstverantwortung galt Gehorsam als höchste Tugend. Statt offener Debatte dominierten Angstbilder, Modellierungen und politische Vorgaben.

ZWANG VOR AUGENMASS

Besonders scharf arbeitet Lausen den Gegensatz zwischen freiwilligem Schutz und staatlichem Zwang heraus. Während andere Länder wie Schweden zunächst auf Empfehlungen setzten, wurde hierzulande früh signalisiert: Der Bürger ist nicht mündig, sondern ein Risiko. Dieses Misstrauen fraß sich durch alle Lebensbereiche – bis hinein in Familien, Schulen und Pflegeheime.

DIE VERDRÄNGTEN OPFER

Am bedrückendsten ist Lausens Blick auf die alten Menschen. Isolation in Heimen, verweigerter Nähe, Sterben ohne Begleitung – all das war kein bedauerlicher Einzelfall, sondern Ausdruck einer Politik, die den Menschen hinter dem „In-

fektionsgeschehen“ aus dem Blick verlor. Wenn heute behauptet wird, man habe „es gut gemacht“, dann klingt das für viele Betroffene wie blanker Hohn.



AUFARBEITUNG STATT BERUHINGUNGSFORMELN

Lausen zeigt, wie dringend echte Aufarbeitung wäre: Welche Daten lagen wirklich vor? Welche Schäden wurden bewusst in Kauf genommen? Und warum wurde Zwang so schnell zur ersten Option? Sein Vortrag macht deutlich: Wer diese Fragen bis heute abwehrt, verteidigt nicht die Demokratie, sondern ihre Aushöhlung. Gerade deshalb lohnt es sich, hinzuschauen – auch dann, wenn das Lachen über die Absurditäten jener Jahre im Hals stecken bleibt.

Die ausführliche Langfassung unserer Gastautorin S. Baier (48 Jahre, Mutter zweier Kinder aus Rheinland-Pfalz) mit vertiefender Einordnung und weiteren Zitaten ist online abrufbar: ktrm.short.gy/YgMC

DER GROSSE KNALL DER SELBST(VER)ACHTUNG – MADE IN GERMANY

EIN KOMMENTAR VON CHRIS BARTH
ZU SPRENGSTOFF, ERPRESSUNG, SELBSTBE-
TRUG UND STAATSVERSAGEN



DER FALL: WER HAT HIER EIGENTLICH WEM
DEN ENERGIEHAHN ZUGEDREHT?

Am 26. September 2022 explodierten elementare Teile der Nord-Stream-Pipelines vor der Insel Bornholm. Jetzt, über drei Jahre später, verdichten sich laut einer **Leitsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH)** die Hinweise, dass der Anschlag auf das Konto der ukrainischen Warlords geht – und zwar *nicht irgendwie*, sondern als staatlich gelenkte Geheimdienstoperation.

Ein gewisser **Serhij K.**, ukrainischer Elitesoldat, wird verdächtigt, die Sprengung maßgeblich mitorganisiert zu haben – von der Jacht *Andromeda* aus. Seit November 2025 sitzt er in Untersuchungshaft, ausgeliefert aus Italien. Der Generalbundesanwalt wirft ihm unter anderem **verfassungsfeindliche Sabotage, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und Zerstörung von Bauwerken** vor. Auch ein Kriegsverbrechen steht im Raum.

K.s Verteidigung? Eine Mischung aus „*Ich war's zwar nicht*“ und „*Wenn ich's war, war es legal, weil Krieg*“. Kombattantenprivileg, Immunität als Geheimdienstagent und das gute alte Völkerrecht – alles wird ins Feld geführt.

Doch der BGH ließ sich (zumindest vordergründig) nicht veräppeln: Kein Kombattantenprivileg, keine Immunität. Auch in internationalen Gewässern kann man sehr wohl deutsches Recht brechen – wenn das Ziel eine Pipeline ist, die auch *Deutschland gehört* und von *Deutschland zur Versorgung genutzt* wurde. Austsch.

Dreieinhalb Jahre später, März 2026 – **anderer Energieträger, gleiches Muster**: Die Ukraine behauptet, sie könne derzeit aufgrund von technischen Schwierigkeiten das für Ungarn und die Slowakei bestimmte Erdöl nicht mehr durchleiten. Der slowakische Präsident Fico zeigt daraufhin Satellitenbilder, die beweisen, dass die Ölleitungen intakt sind.

Ein böser Verdacht drängt sich auf: Wollen die ukrainischen Kriegsführer sowohl die Slowakei als auch Ungarn erpressen? Die EU wartet schließlich dringlichst darauf, dass Fico und Orban endlich „JA“ sagen zu weiteren 90 Mrd. € für den Ostfeldzug. Und seit der US-Anfrage nach ukrainischen Abwehrdrohnen für den Iran-Krieg wähnt sich Selenskyj in

einem neuen Höhenrausch: Er drohte jüngst Victor Orban sogar mit der ukrainischen Armee!

DER KOMMENTAR: DER WESTEN ZERLEGT SICH SELBST – UND FEIERT ES NOCH

Stellen wir uns das kurz plastisch vor:

Sie laden jemanden zum Essen ein, zahlen ihm seit Jahren Miete, Energie und Waffen, überweisen ihm zweistellige Milliardenbeträge, geben ihm in internationalen Foren Rückendeckung, ignorieren jede Art von Korruptionsbericht und helfen beim Image-Branding als tapferer Demokrat gegen das böse Imperium.

Und was macht Ihr „Freund“? **Er sprengt Ihnen Ihre Heizungen und Tankstellen in die Luft!**

Und wenn einer seiner Sprengmeister dann erwischt wird – nach aufwendiger internationaler Fahndung –, dann sitzt der nicht etwa reumütig im Gerichtssaal, sondern erklärt rotzfrech, dass Sie „selbst schuld“ sind, weil er ja „im guten Auftrag gehandelt habe“. Und Sie? Sie senken betreten den Blick, nuscheln was von „komplexer geopolitischer Lage“ und liefern – selbstverständlich – weitere Waffen, Geld, Applaus und manchmal auch Krokodilstränen. Warum will mir der damals, Weihnachten 2025, rumheulende BlackRock-Merz einfach nicht mehr aus dem Gedächtnis verschwinden?

Und wie sehr wünsche ich mir einen Bundeskanzler, der – wie Orban oder Fico – allen Kriegsparteien klar und deutlich zu verstehen gibt: **„Wir machen nicht mit bei Euren Kriegsspielen und finanzieren diese auch nicht mehr – selbst wenn wir dadurch Nachteile hinnehmen müssen!“**

Wie tief muss die Selbstachtung eines Landes gesunken sein, um das alles einfach zu schlucken? Wie sehr muss eine politische Klasse sich selbst verachten – oder ihr eigenes Volk –, um diese Akte **gezielter Industriesabotage durch einen „Partnerstaat“** mit höflicher juristischer Prosa und maximalem Desinteresse zu quittieren?

Während unsere Wirtschaft kollabiert, während Mittelstand, Industrie und Haushalte die Preisfolgen der Anschläge und Lügen ausbaden, machen Regierung, Medien und große Teile der Gesellschaft **weiter auf betretenes Denken**.

Die Schuldigen? In Moskau, immer!

Die Freunde? In Kiew, auf ewig!

Die Blöden? Klar – die deutschen Steuerzahler ...

... und all die Ignoranten, welche bei den Kommunal- und Landtagswahlen in diesem Jahr die Parteien der „*Unsere-Demokratie*“-schützenden Einheitsfront immer noch ihre Stimme geben!

WAS BLEIBT?

Ein Land, das sich von einem „Partner“ seine kritische Infrastruktur wegsprengen lässt – und dann noch darüber diskutiert, ob man sich vielleicht bei der Kommunikation diplomatisch hätte anstellen sollen – steht nicht mehr auf Augenhöhe. **Es liegt schon.**

Und es wird Zeit, dass es endlich aufsteht – oder den letzten Funken Würde endgültig begräbt.

Quelle: ktrm.short.gy/6rWt



IN WIESBADEN WURDE ABGERECHNET

(Un-)abhängige Experten entlarven „die Maßnahmen“

Im Plenarsaal des hessischen Landtags pasierte Ende Februar etwas, das hierzulande längst überfällig war: Nicht die übliche Selbstvergewisserung der Verantwortlichen, sondern eine zweitägige Anhörung, in der die Corona-Jahre endlich öffentlich auf ihren Kern abgeklopft wurden – Wirksamkeit, Nebenfolgen, Rechtmäßigkeit, Legitimität. Eingeladen waren Experten aus verschiedenen Fachrichtungen, darunter einige „Zeugen-Coronas“ wie z.B. Prof. Drosten. Aber auch prominente Maßnahmenkritiker wie Prof. Güerot oder Dr. Schröder.

In den Redebeiträgen und Befragungen wurde deutlich: Der eigentliche Skandal liegt nicht in einzelnen Irrtümern, sondern in einem System aus Angststeuerung, Kennzahlen-Fetisch, Verantwortungsdiffusion und rechlichem Improvisieren, das sich über Grundrechte, Lebensrealitäten und wirtschaftliche Existenz hinwegsetzte.

Schon im ersten Panel zur **Wirksamkeit der Maßnahmen** zeigte sich die Sollbruchstelle der offiziellen Erzählung. Prof. Drosten und Prof. Ciesek argumentierten, man habe 2020 unter großer Unsicherheit handeln müssen, Maßnahmenpakete hätten gewirkt, Einzelwirkungen seien schwer zu isolieren.

Genau das ist aber politisch brandgefährlich: Denn verordnet wurden nicht „Pakete“, sondern konkrete Eingriffe in Alltag und Grundrechte. Wenn man Einzelwirkungen nicht sauber trennen kann, müsste eine Regierung umso strenger evaluieren, stoppen, nachjustieren. **Stattdessen entstand eine Kultur der Alternativlosigkeit.** Dr. Pürner nannte es beim Namen: Politik als Risikomanagement ohne ausreichenden Sachverstand, mit Fixierung auf Inzidenzen statt Krankheitslast und mit einer Verhältnismissmäßigkeitsprüfung, die im Alltag komplett ausfiel. Dr. Scheuch und Prof. Gottschalk legten nach: Covid sei vor allem ein Indoor-Problem, doch Politik schloss Parks, verbot Außensport – schon damals verückt! Und Gottschalk zerlegte die Inzidenzlogik als Quatsch, weil der Testnenner fehlte, und kritisierte FFP2-Pflichten als offenkundigen Arbeitsschutz-Widerspruch.

Im zweiten Panel zu **psychologischen und sozialen Nebenfolgen** wurde klar, was in Talkshows gern ausgeblendet wurde: Die Schäden waren kein Randthema, sondern Massenphänomene – nur ungleich verteilt. Malte Schwinger zeigte



empirisch, wie schnell Autonomieerleben einbrach und psychische Belastungen stiegen. Dr. Winter brachte harte Diagnosedaten, Wartezeiten für Therapien, Essstörungen und den hohen Preis, den Kinder bezahlen mussten. Prof. Schubert ging am weitesten: Dauerangst schwächt Resilienz zerbriecht – und wer die Gesellschaft über Panik regiert, produziert Krankheit, nicht Gesundheit. Ted Krämer berichtete, wie Schüler Lern- und Lebenschancen verloren, während C19-Tests zu Stigmatisierung wurden. Lebenshilfe-Vertreter schilderten Isolation und kommunikative Barrieren für Menschen mit Behinderung – ein „Schutz“, der oft wie Entmündigung wirkte.

Das Panel 3 zur **Wirtschaft** machte die politische Ausrede sichtbar, die bis heute als Nebelwand dient: „*Pandemie, Krieg, Weltlage*“ – als wäre der massive Eingriffsstaat nur ein Zuschauer gewesen. Prof. Bagus widersprach frontal: Zwangsschließungen, Rettungsprogramme und Geldflut zerstörten Marktprozesse, verschoben Kosten in die Zukunft und treiben Umverteilung. Er nannte die Summen, die Wucht – und das Prinzip: Zentralsteuerung scheitert am Wissensproblem, Krisen werden zum Machtzuwachs. Prof. Götz lieferte den empirischen Hebel: Leistungsperren ohne statistisch signifikanten Wirkungsnachweis. Genau hier bricht der moralische Überbau zusammen: harte Eingriffe ohne nachweisbaren Effekt.

Panel 4 traf dann den **juristischen Nerv**. Prof. Ogorek benannte die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) als demokratische Katastrophe: Wer entscheidet dort, wer verantwortet was, wo sind Mehrheiten dokumentiert? Prof. Schwab ging noch weiter: Der Bürger sei zur Gefahrenquelle erklärt worden, Gerichte hätten RKI-Verlautbarungen praktisch sakralisiert, und aus einer Weisungsbehörde sei ein quasi unkontrollierter Maßstab geworden. Dr. Hamed zeigte die Praxis: Rechtsschutz wird zur Klassenfrage; **2G sei der „Tiefpunkt entgrenzter staatlicher Macht“ gewesen**. Kießling beschrieb das IfSG-Flickwerk: Pandemiegesetzgebung als Dauerimprovisation.

Und schließlich Panel 5: **Legitimität der Maßnahmen**. Hier zeigte sich die Nervenlage des Landes im Plenum selbst. Prof. Blom lieferte Akzeptanzdaten und Bubbles, Sylla und Dr. Mencke die Realität von Heimen, Sterben, Teilhabe, Prof. Knipper soziale Ungleichheit, Prof. Huster die fehlende Rechtsgrundlage und den Blindflug ohne Begleitforschung. Aber es war Prof. Güerot, welche den Raum ins Schwanken brachte: ruhige Stimme, scharfe Diagnose gesellschaftlicher Verwerfungen – und Tumulte, als müsse man die Debatte selbst verhindern. Ein Gummibärchenwurf, Ordnungsrufe, Drohungen mit Rausschmiss: **Das politische System reagierte auf Kritik, als wäre Kritik die Gefahr.**

Wer diese fünf Panels ernst nimmt, kommt an einer Schlussfolgerung nicht vorbei: Die Corona-Jahre waren nicht nur eine medizinische Krise, sondern eine **Staats- und Kulturkrise** – mit Maßnahmen, die zu lang, zu hart, zu pauschal, zu schlecht begründet und zu schlecht kommuniziert waren.

Unser ausführliches Dossier dokumentiert die Aussagen der Experten im Detail – mit Zitaten und Quellen. Wer verstehen will, warum Vertrauen zerbrach, warum Existenzen litten und warum Aufarbeitung jetzt zur Pflicht wird, findet dort das Material, das nicht nur in Hessen zu lange unterdrückt, verharmlost oder umgedeutet wurde.

Lesen Sie hier unser Dossier mit der ganzen Wahrheit aus zwei Tagen Landtag: ktrm.short.gy/JqFe



Lieber Leser,

wenn du mich gelesen hast und mich nicht mehr brauchst, gib mich bitte nicht zum Altpapier, sondern an einen lieben Menschen weiter.

Danke

An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „KLARTEXT“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes: Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Briefkästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein.

Danke!

FEINE HERREN, FINSTERE FREUNDE: DER FALL GATES – EINE EPSTEIN'SCH SATIRE AUF OFFENER BÜHNE

EIN KURZBEITRAG VON CHRIS BARTH

Was haben sehr junge, russische Escort-Girls, eine geheime Medikamentenliste, Pandemie-Planspiele und ein Bridgeturnier mit Adderall gemeinsam? Richtig: Bill Gates. Zumindest, wenn man den neuen US-Justizakten glaubt – und das sollte man besser tun.



WER IST HIER EIGENTLICH DER PHILANTHROP?

Er war der Saubermann der Digitalisierung, der bescheidene Milliardär mit Weltrettungsambitionen. Ob Massenimpfkampagne in Afrika oder Pandemie-Messias an Ostern 2020 in den Tages-themen: Bill Gates war omnipräsent – mit Brille,

Grinsen, Kaffeetasse und Zig-Milliarden. Doch jetzt fliegt ihm die Maske um die Ohren. Die neuen Epstein-Files sind da. Und sie riechen nach Verwesung. Nicht nur moralisch.

Drei Millionen Seiten, tausende Bilder, E-Mails – ein schmutziges Archiv, das ausgerechnet Bill Gates tief im Zentrum eines globalen Erpressungs- und Sexnetzwerks zeigt. Seine Rolle? Mehr als ein paar Dinner-Gespräche mit dem „verurteilten Sexualstrafäter“ Jeffrey Epstein. Viel mehr.

AFFÄREN, ANTIBIOTIKA UND ADERALL

Was wäre, wenn Gates sich bei Epstein nicht nur geistige Impulse, sondern auch körperliche Erleichterung geholt hätte? Die Akten zeigen: Nach sexuellen Begegnungen mit sehr jungen Frauen osteuropäischer Herkunft – über Epsteins Netzwerk vermittelt – bat Gates um Medikamente gegen Geschlechtskrankheiten. Und wollte sie offenbar heimlich seiner Frau Melinda unterjubeln. Vertrauen? War gestern.

Obendrauf: eine Bestellung für Adderall – Aufputschmittel für ein Bridgeturnier. Via Epsteins Netzwerk, versteht sich. Rezept? Überbewertet. Legalität? Optional.

PANDEMIE, PLANSPIEL, PROPAGANDA?

Der vielleicht brisanteste Teil: Bereits 2009, also lange vor dem Covid19-Scam, tauschten sich Gates und Epstein (teils über Gates-Berater Nikolic) über Viren, Impfstoffe, mRNA-Codierung, Pandemie-Szenarien und was man damit so verdienen kann, aus. Die Pläne: strukturiert, strategisch – und erstaunlich konkret.

Epstein – der pädophile Erpresser, Drahtzieher und mutmaßlicher Menschenfresser ohne jegliche medizinische Qualifikation – wird eingeladen, die

globale Pandemiestrategie mitzugestalten und zu entscheiden, wie die WHO als Aushängeschild der Pandemie eingesetzt werden soll. Genauso ist wohl gelaufen.

Dann schließlich im September 2019: Event 201, das Gates-Großmanöver zur globalen Virusangst- und Impfkampagne – exakt mit dem Erregerprofil, das wenig später Realität wurde. Zufall? Voraus-sicht? Oder mehr?

OPFER ODER TÄTER – ODER BEIDES?

Ein besonders pikantes Detail: Epstein soll Gates gezielt in kompromittierende Situationen gebracht haben – inklusive russischer Mädels, Fotos und medizinischer Dossiers. Alles dokumentiert. Für wen, oder was? Für den Mossad. Für Kontrolle. Für Schweigen. Für Macht.

Doch statt sich zu distanzieren, ließ Gates Epstein weiter gewähren. Sprach von „Abendessen“. Schwieg zur Erpressung. Und ließ sogar Epsteins Mann fürs Grobe über vertrauliche Stiftungsangelegenheiten verhandeln.

Während andere Mafiapaten wie Donald J. Trump sich im Jahre 2006 endlich von Epstein distanzieren, machten skrupellose Gestalten wie Gates weiter mit im Netzwerk! Trump warf Epstein damals hochkant aus seinem Country-Club und verpöf ihn sogar bei der Polizei in Miami. Doch nichts geschah!

DIE REISSLEINE: RÜCKTRITTE UND MELINDAS WARNUNG

Als selbst engste Mitarbeiter aus dem Epstein-Netz aussteigen – mit der Begründung, sie seien zu illegalem Verhalten gedrängt worden –, wird's eng. Ein langjähriger Vertrauter schlug sogar eine satte Abfindung aus: aus moralischen Gründen. Ein

Statement, das kracht.

Und Melinda? Die Frau an seiner Seite, einst Coklone des guten Willens? Sie beschreibt Epstein als „das Böse in Person“, verurteilte Gates' Umgang mit ihm scharf – und zog die Scheidung durch. Warum? Vielleicht, weil sie den Sumpf als Erste roch.

DEMENTI ODER DÉJÀ-VU?

Gates ließ alles dementieren – „absurd“, „falsch“. Natürlich. Doch Körpersprache, Interviews und Insiderberichte sagen etwas anderes. Experten erkennen in Gates' Reaktionen sogenannte „Topper Delight“-Muster: unterdrückte Freude beim Lügen. Charmant, oder?

UND JETZT?

Ist Gates am Ende? Vielleicht nicht juristisch. Aber moralisch? Öffentlich? Die einst so glänzende Fassade wirkt wie ein vom Virus zerfressenes Windows 95: voller Backdoors, Fehlercodes und fragwürdiger Nutzer.

Offen bleiben natürlich noch viele Fragen: War Gates je der, für den man ihn hielt? Oder war er immer schon nur ein leidlich begabter Programmierer – diesmal halt im System Menschheit? Und was ist mit den Verstrickungen in die deutsche Politik- und Medienlandschaft hinein? Überschreiten diese gerade nicht erst die öffentliche Wahrnehmungsgrenze? Suchen Sie mal bei "X" nach "Epstein, Henry Jarecki und Nicole Huber (CDU)"; oder nach "Epstein, Philippa Sigl und Olaf Scholz (SPD)"!

Mehr über russische Mädels, WHO-Impfplanungen und wie das Betriebssystem Gates endgültig crasht, lesen Sie in der vollständigen Online-Fassung unter: ktrm.short.gy/UT4Y

IMPFUNGEN: WAS WISSEN WIR WIRKLICH?

ZWISCHEN FÜRSORGE, KONTROLLE UND DEM RECHT AUF ZWEIFEL – NEUE STUDIEN ZEIGTEN ERHÖHTE GEFAHREN FÜR PLÖTZLICHEN KINDSTOD UND CHRONISCHE ERKRANKUNGEN

EIN KURZBEITRAG VON DR. MED. SONJA REITZ UND CHRIS BARTH

In den vergangenen Jahren sind zwei bemerkenswerte Studien in den USA erschienen, die große Unterschiede der Gesundheit von geimpften und ungeimpften Kindern gefunden haben. Die Studie der Henry Ford Stiftung von Zervos und Lamerati mit mehr als 18.000 Kindern fand eine 3,5 mal (!) höhere Rate an chronischen Erkrankungen in der Gruppe der geimpften Kinder. 57% von diesen waren bis zum 10 Lebensjahr chronisch erkrankt, bei den ungeimpften Kindern waren es nur 17%! Andere Erklärungen für diesen drastischen Unterschied wurden bis heute nicht geliefert.

Da der eine Studienleiter befürchtete, dass Ärzte in ihrem Impfverhalten „irritiert sein könnten“ und der andere, dass er vielleicht seinen Job verlieren würde, haben sie diese Studie, die bereits 2020 fertig war, unterdrückt und in die

Schublade gelegt, obwohl sie methodisch gut war und veröffentlicht hätte werden müssen. Diese wurde in 2025 geleakt und deren Ergebnisse wie auch der Prozess der Studienunterdrückung in einem Film der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

DIE ERGEBNISSE IN KÜRZE: GEIMPFTEN KINDER HATTEN GEGENÜBER UNGEIMPFTEN KINDERN:

- ca. 3,5 x so viele chronische Krankheiten,
- ca. 4,2 x häufiger Asthma,
- ca. 4,8 x häufiger Autoimmunerkrankungen,
- ca. 3,0 x häufiger atopische Erkrankungen (ca. 2,3 x häufiger Ekzeme),
- ca. 5,5 x häufiger neuro-entwicklungsbedingte Störungen

Diese Studien legen nahe, dass 40% der Kinder nur chronisch krank geworden sind, weil sie geimpft wurden! Dies wären in Deutschland bei ca. 680.000 Geburten jährlich ca. 270.000 Kin-

der! Das massenhafte Kinderimpfen und eventuelle Netz aussteigen – mit der Begründung, sie seien zu illegalem Verhalten gedrängt worden –, wird's eng. Ein langjähriger Vertrauter schlug sogar eine satte Abfindung aus: aus moralischen Gründen. Ein

Wenn Sie diese Zusammenhänge und auch die Studienlage dazu genauer interessieren, wenn Sie wissen möchten, wie sie sich selbst und ihre (Enkel-)Kinder vor weiteren Gefahren schützen können, dann lesen Sie bitte unseren ausführlichen Beitrag zum Thema „**IMPFUNGEN: FLUCH ODER SEGEN?**“ (Link/QR-Code siehe unten).

DARIN ERFAHREN SIE U.A. ...

- dass die Masernimpfungen in vielen Fällen nicht vor Masern schützen, aber am Fließband Nebenwirkungen produzieren,
- welche Nebenwirkungen wie z.B. Infektfähigkeit oder Lernstörungen sonst noch häufig sind,
- warum ihr natürliches Immunsystem natürlich bleiben sollte,

- warum beim Arztbesuch „unbequem zu sein“ sich lohnt,
- die Zusammenhänge zwischen Impfungen und plötzlichem Kindstod,
- warum die US-Administration unter RFK Jr. gerade beim Thema Impfung um 180° umschwenkt und was die deutsche STIKO so macht,
- dass es wichtig und gesund ist, dass Sie für sich selbst und Ihre Angehörigen die Verantwortung tragen und Sie diese auch mit gutem Gewissen wahrnehmen dürfen,
- weitere informieren nur einen Mausclick entfernt sind und sie sich im Zweifel externen Rat holen dürfen.

Bitte nutzen Sie die in diesem Artikel angebotenen unabhängigen Informationsquellen und entscheiden Sie selbst, was sie wirklich in ihren eigenen Körper oder den Ihrer Kinder aufnehmen wollen: ktrm.short.gy/fJUU

DER X-POST DES MONATS ZUM „KRIEG GEGEN DEN IRAN“

VON AUF1-TV-CHEF STEFAN MAGNET
cutt.ly/3ENwZo9

Ich verstehe, dass es verlockend ist, das Ende eines bürgerlichen Mullah-Regimes im Iran zu wünschen. Viele feiern jetzt, wenn die Bomben fallen. Sie jubeln, wenn der oberste iranische Führer Chamenei ermordet wird. Aber ich muss Widerspruch anmelden. Warum?

Ayatollah Ali Chamenei ist tot. Das meldeten auch die iranischen Staatsmedien. Der bisherige Führer des Iran war für seine Gegner die Verkörperung des „Satans auf Erden“. Für seine Anhänger war er die „Heiligkeit unserer Zeit“. Chamenei war sein ganzes Leben ein Krieger in einem vom Krieg überzogenen Land. Aus dem Iran-Irak-Krieg 1982, als Chamenei Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte war, ist sein Satz überliefert: „Ich, Sprecher der Nation, der das Vertrauen des Volkes hat, sage euch: Der Krieg wird bis zum letzten Blutstropfen weitergeführt.“ Chamenei wurde mehrfach verhaftet und gefoltert, überlebte (schwer verundet) Mordanschläge und überlebte seit Jahrzehnten die Drohungen von sechs US-Präsidenten (Bush sen., Clinton, Bush jun., Obama, Trump 1, Biden).

Das Mullah-Regime im Iran ist das vorläufige Ergebnis jahrzehntelanger Destabilisierung seitens der USA und Israel. Seit Jahrzehnten sind Angriffe, Geheimdienstoperationen, Morde und Kriege dokumentiert – und immer wieder Regime-Change-Versuche von außen. Wenn wir heute historische Aufnahmen eines westlich anmutenden, unverschleierte Iran sehen, dann sollten wir nicht vergessen, dass schon damals die USA und Großbritannien das Öl des Landes wollten, Land und Führung unter Druck setzen – was zu Revolution und Bürgerkrieg führte.

Persien und der Iran bestehen seit über 2.500 Jahren. Die „Islamische Republik Iran“ existiert seit 1979. Chamenei war der zweite oberste geistliche Führer (Ajatollah) der „Islamischen Republik Iran“. Viele Historiker sehen die Revo-

lution von 1979 als langfristige Folge des von CIA und Mi6 orchestrierten Coups 1953 („Operation Ajax“), der den demokratisch gewählten Premierminister **Mohammad Mossadegh** stürzte, um britische und US-Ölinteressen zu schützen. Dieser Eingriff installierte den „Schah von Persien“ als absoluten Herrscher und schürte anti-westliche Ressentiments im Iran, die dann explodierten. Als der Schah von Persien für den Westen seine Schuldigkeit getan hatte, entbrannte die „Islamische Revolution“. Der Schah musste fliehen, die Monarchie war zu Ende, die „Islamische Republik“ entstand. Und auch hier zeigte sich das Muster:

In den Wochen vor dem Sturz des Schah (Januar 1979) hatte die Regierung von US-Präsident Jimmy Carter geheime Kontakte zu Ayatollah Ruhollah Khomeini, der aus dem Exil in Paris agierte und dann im Iran die „Islamische Republik“ errichtete... die USA installieren, die USA stürzen.

Der Iran hat einfach zu viel Öl. Der Iran liegt einfach dummerweise im Gebiet von Großisrael. Der Iran ist Teil der BRICS und liegt auf der neuen Seidenstraße. Der Iran hat sich bis heute nicht vor den USA in den Staub geworfen oder Gebiete freiwillig an Israel abgetreten, weshalb er immer und immer wieder mit Kriegen überzogen wird.

Sie klatschen, weil die bösen Islamisten weggebombt werden? Darum geht es den USA keine Sekunde. Sie haben in Syrien einen weltweit gesuchten Kopfabstreifer-Terroristen zum Staatschef im Anzug gemacht. Die Saudis, die jährlich Hunderte Enthauptungen mit dem Schwert anordnen, sind ihre Partner. Wenn die „Freiheit des iranischen Volkes“ als Argument vorgezogen wird, der sollte alarmiert sein. Das Wort „Befreiung“ aus dem Mund der Amis stinkt seit jeher nach Pulverdampf und verwesenden Leichen... fragt die Indianer, fragt die Toten von Bagdad, Hiroshima oder Dresden.

Den Iran anzugreifen, war nach allen internationalen Regeln (ich weiß, das gilt neuerdings als etwas für Idioten und Naive) illegal. Wenn nationale Souveränität und Freiheit noch etwas bedeuten, dem sollte klar sein, dass wir 2026 im großen Stil erleben, dass diese Rechte weggebombt werden. Venezuela und Iran haben sich gegen das US-Real-Regime gestellt. Das hat sie ins Visier gerückt ...

Anm.d.Red.: Für Details zum Thema bitte unbedingt online den Gastbeitrag „PROPAGANDA RUND UM DEN REGIME CHANGE IM IRAN“ von der Exil-Iranerin Fatemeh A. lesen: ktrm.short.gy/wR3a

GOLD IM TRESOR, FEUER IN DER HAND ODER BESSER WINTERGEMÜSE IN DER ERDMIETE?

Was Belagerungen und Währungskollapse über echte Krisenvorsorge lehren

EIN GASTBEITRAG VON HELMUT K.

Sarajevo, 1993. Ein ehemaliges Mittelklasseviertel, Winter ohne Strom, ohne Wasser, ohne verlässliche Lebensmittelversorgung. Ihr Nachbar war vor dem Krieg Banker. Jetzt steht er vor Ihnen und hält Ihnen eine Goldkette hin – echtes Gold, früher ein kleines Vermögen. Doch er will dafür kein Brot, keinen Sack Mehl, keine Medizin. Er will Zigaretten und Feuerzeuge.

Das ist keine Filmszene, sondern ein dokumentiertes Muster aus realen Zusammenbrüchen. Der Überlebende Selco Begovic schilderte später, wie Menschen mit Gold hungerten, während andere mit Werkzeugen, Gärten, praktischen Fähigkeiten und sozialen Beziehungen überlebten. Die Szene zerstört eine bequeme Vorstellung: dass Edelmetalle automatisch Sicherheit bieten. In einer akuten Krise zählt nicht, was glänzt, sondern was funktioniert. Und funktionieren wird im Ernstfall auch kein Bitcoin – ohne Strom ist jede Blockchain wertlos.

WENN GELD PLÖTZLICH NUR NOCH PAPIER IST

Ein Währungskollaps kommt selten langsam. In Bosnien kippeten Preisrelationen innerhalb weniger Monate. Zunächst versuchten Menschen noch normal zu bezahlen, dann explodierten die Preise, schließlich wurde Geld praktisch wertlos.

Ähnliche Muster zeigten sich später in Venezuela oder Argentinien. Inflation zerstört nicht nur Kaufkraft, sondern auch das Vertrauen in das gesamte Wirtschaftssystem. Lohnarbeit lohnt sich kaum noch, Ersparnisse verlieren ihre Bedeutung.

In solchen Situationen verschiebt sich der Maßstab für „Wert“. Plötzlich entscheidet nicht mehr der Marktpreis, sondern der unmittelbare Nutzen. Die Hierarchie ist brutal einfach: Wärme, Wasser, Nahrung, Hygiene, Medikamente und Sicherheit – erst danach folgen Statusgüter.

DER RÜCKFALL ZUM TAUSCHHANDEL

Wenn Geld versagt, kehren Gesellschaften zum Tauschhandel zurück. Nicht aus Nostalgie, sondern aus Notwendigkeit.

Wer Fisch hat, tauscht gegen Reis. Wer Bananen erntet, tauscht gegen Mehl. Wer Kaffee produziert, tauscht gegen Benzin. In Venezuela ist genau das heute Realität.

In einer solchen Wirtschaft wirkt Gold paradox. Es kann langfristig seinen Wert behalten, doch kurzfristig hilft es kaum. Man kann es nicht essen, nicht trinken und keine Wunde damit behandeln. Sein Wert hängt davon ab, ob jemand bereit ist, lebenswichtige Güter dafür herzugeben – und in den ersten Krisenmonaten ist das selten der Fall.

LAND UND PRODUKTIVITÄT SCHLAGEN JEDES DEPOT

Der vielleicht unterschätzteste Faktor in Krisen ist Produktivität. Während der Weltwirtschaftskrise überlebten viele ländliche Familien nicht, weil sie reich waren, sondern weil sie Land hatten: Gemüsegärten, Obstbäume, vielleicht eine Milchkuh und ein paar Hühner. Sie konnten Nahrung erzeugen und tauschen.

Stadtfamilien dagegen waren oft vollständig vom Geldsystem abhängig.

Dasselbe Prinzip zeigte sich im Zweiten Weltkrieg. Millionen sogenannte „Victory Gardens“ verwandelten Hinterhöfe und Brachflächen in Lebensmittelquellen und lieferten einen erheblichen Teil der Gemüseversorgung.

Land ist in Krisen nicht nur Vermögen. Es ist Produktionsmittel.

FÄHIGKEITEN SIND DIE STABILSTE WÄHRUNG

Wenn Systeme kippen, steigen Tätigkeiten im Wert, die grundlegende Bedürfnisse erfüllen: Nahrung anbauen, Lebensmittel konservieren, reparieren, bauen, Kleidung herstellen, Wasser und Wärme organisieren.

In historischen Krisen taucht immer wieder dieselbe Liste auf: Einmachen, Räuchern, Schlachten, Nähen, Tischlerei, Klempnerei, Mechanik oder einfache medizinische Versorgung.

Fähigkeiten haben einen entscheidenden Vorteil: Sie können nicht eingefroren, enteignet oder geplündert werden. Wer etwas kann, trägt sein Kapital in sich.

KLEINE DINGE SCHLAGEN GROSSE TECHNIK

Ein Detail aus Belagerungserfahrungen wirkt zunächst banal: Nicht der Generator war das wertvollste Gerät – sondern das Feuerzeug. Generatoren sind laut, brauchen Treibstoff und ziehen Aufmerksamkeit auf sich. Ein Feuerzeug dagegen ist leise, billig, transportabel und vielseitig. Es liefert Feuer – zum Kochen, Heizen, Beleuchten oder Wasserabkochen.

Ähnlich verhält es sich mit Hygiene und Medizin. Seife, Desinfektionsmittel, Verbandsmaterial, Schmerzmittel oder Antibiotika können im Krisenfall über Leben und Tod entscheiden – und werden oft zu begehrten Tauschgütern.

DAS WICHTIGSTE KAPITAL: VERTRAUEN

Der Mythos des Einzelkämpfers hält sich hartnäckig. Doch reale Krisen zeigen ein anderes Bild: Überleben wird zur Gemeinschaftsleistung.

Tauschgeschäfte funktionieren über Vertrauen, Empfehlungen und persönliche Beziehungen. Wer isoliert lebt, hat nicht nur weniger Ressourcen, sondern auch weniger Informationen.

Nachbarschaften, Vereine, Kirchengemeinden oder informelle Netzwerke können Ressourcen koordinieren, Sicherheit organisieren und Hilfe verteilen. Soziales Kapital wird zur entscheidenden Infrastruktur, wenn staatliche Systeme versagen.

DIE EIGENTLICHE LEHRE

Die Erfahrungen aus Sarajevo, Venezuela und vielen anderen Krisen führen zu einer klaren Reihenfolge:

Erstens: Produktivität sichern – durch Gärten, kleine Anbauflächen oder zumindest entsprechende Fähigkeiten

Zweitens: Praktische Fertigkeiten entwickeln.

Drittens: Nützliche Güter lagern – Medizin, Hygieneartikel, Werkzeuge, Feuerquellen und haltbare Nahrung.

Viertens: Beziehungen und Netzwerke pflegen

Und erst danach: Edelmetalle als mögliche Absicherung für eine spätere Stabilisierung.

Gold und Silber können ihren Moment haben, wenn eine neue Ordnung entsteht. Doch in der akuten Phase entscheidet etwas anderes über das Überleben: nicht, was wertvoll erscheint – sondern was unmittelbar dem Menschen nützt.

DAS YouTube-VIDEOTRANSKRIPT DES MONATS

ANTIPAS' (SATIRISCHER) KOMMENTAR ZU BEGRIFFEN AUS DEM POLITISCHEN WÖRTERBUCH. Heute: „UNSERE DEMOKRATIE!“ (Quelle: cutt.ly/iE3Bgvg)

„Unsere Demokratie“ ist ein eingetragenes Markenzeichen der Altparteien und ihrer Vertreter, die diesen Begriff gerne und häufig im Munde führen. Damit verbunden ist eine gewisse Schutzwirkung. Es verleiht dem Inhaber das exklusive Recht, die Marke zu nutzen und anderen die Nutzung zu untersagen. In Deutschland ist der Gebrauch dieser Marke ausschließlich den Menschen vorbehalten, die rot, grün oder schwarz denken und wählen. Die Blauen gehören nicht dazu, weil sie rechts sind. Solchen Subjekten ist die Teilhabe an dieser Edelmarke verboten. Da sie sich gedanklich jenseits der sogenannten Brandmauer bewegen, dürfen, ja, müssen sie vom politischen Diskurs ausgeschlossen werden.

In der noch jungen „Unsere Demokratie“ klappert das nicht immer. Der Markenname hat sich leider noch nicht überall herumgesprochen. So sitzen z.B. in manchen Amtsstuben immer noch Leute, die Demonstrationen genehmigen, die nicht ausschließlich von rotgrün getupften und schwarz gestreiften Demokraten angemeldet wurden. Manche Hallenvermieter haben noch nicht begriffen, dass es zutiefst undemokratisch ist, den Blauen ihre Dienste anzubieten.

Aber wir sind auf einem guten Weg, „Unsere Demokratie“ weiter in den Köpfen der Bürger zu verankern. Überall im Land sind Initiativen entstanden, um die Marke bekannter und – ganz wichtig – wehrhaft zu machen. Omas gegen rechts, Frauen gegen rechts, Rock gegen rechts und so weiter sind ermutigende Meilensteine auf dem Weg in eine reife, das Denken eines jeden aufrechten Bürgers formende „Unsere Demokratie“.

Dabei geht es im Wesentlichen darum, sich für die Unantastbarkeit der Menschenwürde einzusetzen, wobei der Fokus auf deren liegt, die sich auf der richtigen Seite der Brandmauer befinden. Für Rechtsstaatlichkeit zu plädieren, solange es nicht um Ärzte geht, die Maskenatteste ausgestellt haben. Die Vielfalt der Kulturen zu betonen, wobei man die eigene selbstverständlich als störend zu empfinden hat. Gewaltlosigkeit zu fordern, weshalb besonders engagierte Vertreter von „Unsere Demokratie“ Samthandschuhe an Polizist*innen verteilen, sofern sie sich in einer Auseinandersetzung mit Messerträgern befinden. Die Solidarität zu stärken, insbesondere unter Gleichgesinnten und nicht zuletzt dem Klimaschutz bedingungslos alle anderen Werte zu opfern.

Was manchmal noch zu kurz kommt, ist ganzheitliches Denken. Als im letzten Jahr unter freudiger Zustimmung der Anhänger von „Unsere Demokratie“ ein Teil der Infrastruktur zur Energieversorgung dieses Landes in die Luft gesprengt wurde, dachte niemand daran, den Bauschutt der Kühltürme zu recyceln, um daraus mobile Poller für die Weihnachtsmärkte herzustellen. Damit hätte man ein Zeichen setzen können zur Stärkung der Willkommenskultur für vor dem Klima Flüchtlinge.

Aber keine Bange, liebe Freunde – wir bleiben dran!

VERDECKTE STERBEHILFE ALS SYSTEMPRAXIS

WIE DEUTSCHLAND ANGEHÖRIGE UND STERBENDE IM STICH LÄSST

EIN GASTBEITRAG VON THOMAS Z.

Im aktuellen deutschen System der Palliativmedizin treffen hohe Ideale und harte Realität aufeinander – und genau im Übergang zwischen Leben und Tod entsteht eine ethische Grauzone, in der sich viele Angehörige verraten fühlen. Die Praxis, Sterberläufe mit Sedativa und Opioiden zu steuern, ohne dies klar als lebensverkürzende Option zu benennen, produziert nicht nur moralische Spannungen, sondern auch schwerste Traumata in den Familien.

DIE GRAUZONE ZWISCHEN PALLIATION UND STERBEHILFE

Offiziell unterscheidet Deutschland klar zwischen verbotener „aktiver Sterbehilfe“ und erlaubter palliativer Sedierung, deren Ziel die Linderung von Leid ist. Juristisch und fachsprachlich zählt nur die erklärte Absicht: Wenn ein Arzt sagt, das Ziel sei Symptomkontrolle, gilt die Behandlung als zulässig – selbst dann, wenn allen Beteiligten bewusst ist, dass der Tod dadurch wahrscheinlich früher eintreten wird. Aus Wochen an Lebenszeit werden so Tage und aus einer Therapieoption wird ein finales Ende. Für Laien wirkt das wie eine semantische Verschiebung: Dieselbe pharmakologische Realität – Sedierung, Atemdämpfung, beschleunigtes Sterben – heißt je nach Begründung „Verbrechen“ oder „Therapie“. Das Gefühl, dass hier nicht Wahrheit, sondern Sprache arbeitet, frisst Vertrauen in Medizin und Recht.

DAS FALLBEISPIEL MEINES VATERS

Im Fall meines Vaters zeigt sich diese Grauzone exemplarisch: Ein schwer lungenkranker, alter Mann, bei Bewusstsein und klar im Kopf, sagt, dass er leben und einen Notarzt möchte. Er wird nicht in einen transparent besprochenen Entscheidungsprozess begleitet, sondern in ein Setting gebracht, in dem sedierende und atemdämpfende Medikamente im Hintergrund bereits den Rahmen seiner letzten Stunden definieren. Auf meine Bitte hin, seine Angst und Aufregung zu lindern, wird ein starkes Beruhigungsmittel (Tavor) gegeben, danach ist er bewusstlos. Während er in diesem Zustand liegt, erhält er in engem Rhythmus (etwa alle zwei Stunden) Morphinspritzen, bis er am Morgen tot ist – und mir erklärt eine Pflegekraft lediglich, sein entstelltes Aussehen sei „normal bei Morphin“.



Es gibt kein Gespräch, in dem klar gesagt wird: „Wir gehen jetzt in eine Phase, in der wir mit Sedierung und Morphin wahrscheinlich sein Leben verkürzen, um sein Leiden zu reduzieren. Sind Sie, ist er damit einverstanden?“ Stattdessen gleitet der Prozess „geräuschlos“ in einen Modus, der faktisch eine Form von Sterbehilfe darstellt, ohne so benannt zu werden. Zurück bleiben Angehörige mit dem Bild eines entstellten, unter Spritzen sterbenden Vaters, dem Wissen, dass er eigentlich leben wollte, und dem gnadenlosen Gedanken: „Ich habe das mit ausgelöst.“ Genau diese Konstellation – intransparente Sedierung, implizite Lebensverkürzung, keine klare Kommunikation – ist der Nährboden für Schuldgefühle und traumatische Verarbeitung.

ETHIKVERLUST IM SYSTEM

Dass diese Praxis weiterläuft, obwohl – auch in der Fachliteratur – bekannt ist, wie sehr sie Angehörige traumatisiert, zeigt einen tiefen Ethikverlust. Es ist nicht nur ein individuelles Versagen einzelner Ärztinnen oder Pfleger, sondern ein strukturelles Muster: Zeitdruck, juristische Angst vor dem Wort „Sterbehilfe“, ökonomische Logiken und ein Selbstbild der Medizin, das den eigenen „therapeutischen“ Status schützt, führen dazu, dass die entscheidenden Sätze nicht ausgesprochen werden. Statt gemeinsam verantwortete Entscheidungen zu treffen, wird im Schutz der Fachsprache gehandelt – und die moralische Last wird nach dem Tod auf Angehörige abgewälzt, die sich fragen, ob sie mit ihrer Bitte nach Beruhigung „den Tod bestellt“ haben.

Ethik verliert ihre Handlungsfähigkeit, wenn sie sich in Spitzfindigkeiten über Absicht und Begriffe flüchtet, anstatt der gelebten Erfahrung von Patienten und Angehörigen ins Auge zu sehen. Wenn ein System systematisch mit Praktiken arbeitet, die im Erleben vieler Menschen faktisch Sterbehilfe sind, diese aber nicht so benannt, dann ist nicht nur das Vertrauen zerstört – dann ist das Recht zwar formal intakt, aber moralisch ausgehöhlt.

APPELL: STERBEHILFE AUS DER GRAUZONE HOLEN

Es braucht einen radikalen Schritt heraus aus dieser Grauzone. Lebensverkürzende Maßnahmen am Lebensende – ob durch tiefe Sedierung, durch Kombination von Opioiden und Sedativa oder durch das bewusste Unterlassen möglicher Therapien – müssen als das benannt werden, was sie sind: Entscheidungen darüber, wie lange und wie jemand noch lebt. Patienten und Angehörige haben ein Recht darauf, zu hören: „Ja, diese Behandlung kann und wird wahrscheinlich das Leben verkürzen. Wir tun das, um Leid zu beenden – und nur mit Ihrer Zustimmung.“

Sterbehilfe – im weiten, laiennahen Sinn: alles, was Sterben beschleunigt oder herbeiführt – gehört aus der sprachlichen und juristischen Tarnzone heraus. Nur wenn klar gesagt wird, wofür Medikamente eingesetzt werden, welche Folgen absehbar sind und welche Alternativen existieren, können Familien sich bewusst entscheiden, statt hinterher in Schuld und Ohnmacht zu versinken.

So, wie es heute vielerorts läuft – leise, juristisch abgesichert, aber menschlich verschleiert –, darf es nicht weiterlaufen. Ein System, das den Übergang zwischen Leben und Tod gestaltet, ohne offen über Sterben, Sterbehilfe und Lebensverkürzung zu sprechen, verliert seine ethische Legitimation. **Der Schutz vor Traumatisierung von Angehörigen und das Recht der Sterbenden auf Wahrheit und Selbstbestimmung verlangen, dass diese Praxis grundlegend verändert und die Sterbehilfe – in all ihren Formen – endlich aus der Grauzone geholt wird.**

Zum Online-Artikel: ktrm.short.gy/FYWU



DAS ALLERLETZTE ZUM SCHLUSS: „JUGENDSCHUTZ PER STAATS-APP?“

Natürlich. Die CO₂-Abgabe war ja auch nie 'ne Steuer!

EIN SATIRISCHER GASTBEITRAG
VON M. MALER

Wie beruhigend, dass der Staat sich endlich um unsere Kinder kümmert. Also jedenfalls um jene Kinder, die im Internet unterwegs sind. Für alles andere scheint die Lage bekanntlich kompliziert zu sein. Aber im Netz, da kennt der fürsorgliche Amtseifer keine Gnade: **Alterskontrollen für alle!** Denn wie soll man Minderjährige von Social Media fernhalten, wenn nicht durch die lückenlose Kontrolle sämtlicher Bürger? Eben. Wer Freiheit will, muss eben erst mal seinen digitalen Pass vorzeigen. Ganz normal. Ganz harmlos. Ganz freiwillig natürlich.

Und da kommt sie wie bestellt ins Bild: die digitale Identität, hübsch verpackt als **EUDI-Wallet**. Welch ein Zufall aber auch, dass ausgerechnet jetzt über Altersgrenzen, Zugangskontrollen und Online-Sperren diskutiert wird. Wer da Absicht vermutet, ist sicher bloß ein atmisdischer Freiheitsromantiker. Wahrscheinlicher ist doch: Alles dient nur unserem Besten. So wie immer.

Die Botschaft lautet im Kern: Damit einige nicht mehr auf bestimmte Inhalte zugreifen können, müssen alle ihre Identität nachweisen. Das ist ungefähr so freiheitlich wie ein Haustürschlüssel, der nur funktioniert, wenn vorher das Innenministerium zustimmt. Aber keine Sorge: Man verspricht Datensparsamkeit, Nutzerkontrolle und irgendwelche technisch wohlklingenden Zauberformeln. „Zero Knowledge Proof“, wie bezaubernd. Früher nannte man so etwas wohl: Vertrauen uns einfach. Und gerade dieses Vertrauen haben dieselben politischen Milieus

in den vergangenen Jahren gründlich verbrannt.

Besonders geschmackvoll ist wieder einmal die moralische Verpackung. Der Kinderschutz muss erhalten. Wer könnte da widersprechen? Nur: Altersverifikation gibt es längst, und zwar ohne digitale Staats-ID. Selbst die zuständigen Stellen führen zahlreiche Verfahren auf. Das Problem ist also nicht, dass es keine Mittel gäbe. Das Problem ist offenbar, dass diese Mittel noch nicht tief genug in die Privatsphäre aller Bürger eingreifen.

Denn genau darum geht es: um den Aufbau einer Infrastruktur, mit der jeder digitale Schritt an eine staatlich zuordenbare Identität gekoppelt werden kann. Heute angeblich gegen jugendgefährdende Inhalte, morgen gegen „Desinformation“, übermorgen gegen unbotmäßige Meinungen. Die Merz'sche „**Klarnamenpflicht**“ wird dafür schon sorgen. Sie dürfen weiterhin alles sagen, nur mit den Konsequenzen müssen Sie klarkommen. Alles zum Schutz von „**Unser Demokratie**“ – ach, was kann es Schöneres geben?

Ein freies Internet stirbt selten mit großem Knall. Meist stirbt es mit einem gut gemeinten Login-Fenster. Deshalb gilt auch hier: **Wehret den Anfängen!** Wer die totale Kontrolle durch die Hintertür einführt, darf sich nicht wundern, wenn Bürger irgendwann merken, dass die Tür längst von innen verriegelt wurde.

Anm.d.Red.: Zum Online-Beitrag hier entlang bitte: ktrm.short.gy/4f15



Sie möchten unsere Bürgerzeitung unterstützen?

Liebe Leserinnen und Leser,

Danke, dass Sie die Bürgerzeitung KLARTEXT lesen! Dies ist bereits die 24. Ausgabe dieser Zeitung, und es macht uns allen großen Spaß, Teil dieser Entwicklung zu sein. Das ist nicht nur das Redaktions-Team, sondern all die anderen fleißigen Helfer, ohne die das Projekt nicht funktionieren würde. Wenn Sie wissen wollen, nach welchen Werten wir zusammen arbeiten und wachsen dürfen, schauen sie sich doch online unser LEITBILD an:

<https://cutt.ly/p9GmqKl>



Zusammen mit unseren Kollegen von KLARTEXT Oberbayern und Hamburg kommen wir damit unserem Ziel, zu einer nicht zu überhörenden "Stimme der Bürgerschaft" zu werden, einen weiteren Schritt näher. Auch SIE können dabei mitwirken! Eine hohe fünfstellige Anzahl an Zeitungen muss verteilt werden. Wir haben schon ein super Team an Austrägern, aber SIE fehlen noch! Bitte melden Sie sich, idealerweise bei Ihren lokalen Initiativen oder Spaziergängergruppen, wenn Sie Lust haben die Zeitung zu verteilen. Gerne helfen wir Ihnen beim Kontakt knüpfen.

Wir möchten auch „Auslagestellen“ hinzugewinnen. Fragen Sie in Geschäften, Tankstellen und anderen Lokalitäten nach - am besten mit einem kleinen Stapel KLARTEXT in der Hand. Oder Sie kennen einen Laden, wo ausgelegt werden darf? In beiden Fällen bitte Info an uns und schon sind wir einen Schritt weiter.

Und selbstverständlich kostet es auch Geld, eine solche Zeitung zu drucken und zu den Verteilern zu bringen. Das ganze Team, alle Unterstützer machen das auf ehrenamtlicher Basis. Druck und Logistik müssen aber bezahlt wer-

den. Beides sichert auch Arbeitsplätze hier bei uns in der Region!

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendengütern ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Eine finanzielle Unterstützung kann auf vier Arten erfolgen:

- Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
- Über unser Konto für Schenkungen, auf das Sie einfach Ihre Wertschätzung überweisen können. Hier die Kontodaten:
IBAN: BE50 9673 2423 7418
Kontoinhaber: Chris Barth
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung.
- Via PayPal: hier die dafür vorgesehene PayPal-Emailadresse:
habicht_hugo@hotmail.com
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).
- Via Bitcoin-Lighting: hier unsere blink.sv-Adresse: klartextm@blink.sv
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung.

Sie finden alle Kontaktmöglichkeiten im Impressum dieser Zeitung oder auf unserer Internetseite. Mit Ihrer Unterstützung können wir gemeinsam viel bewegen!

Von Herzen vielen Dank!

Alle Unterstützungsmöglichkeiten auch unter:
www.klartext-rheinmain.de/kontakt



VERANSTALTUNGSKALENDER

- 20.03. 19:00 Uhr Karlsruhe, Kühler Krug, Dr. Wolfgang Wodarg: „Die Welt ist krank“
- 21./ 22./23.03. Überall im Land, Corona-Gedenktag, ZAAVV.de
- 25.03. 15:30 Uhr Bad Vilbel, Hassia, bi-winterstein.de
- 27.03. 19:00 Uhr Frankfurt, DJH Herberge, Tahir Chaudhry: „Epstein: Erpresser der Eliten?“
- 04.04. 13:00 Uhr Frankfurt, Römerberg, Oster-Friedensdemo mit Aufzug
- 06.04. 14:00 Uhr Viernheim, Apostelplatz, Kundgebung Friedensbündnis Bergstraße
- 10.04. 19:00 Uhr Frankfurt, Südbahnhof, Yann Song King
- 12.04. 19:00 Uhr Heidelberg, Praxis Holze, Yann Song King
- 13.04. 19:30 Uhr Röllbach, Gasthaus Engel, Yann Song King
- 16.04. 17:30 Uhr Wehrheim, Marktplatz, bi-winterstein.de
- 18.04. 10-16 Uhr Dieburg, Fastnachtsbrunnen, ZAAVV.de-Infostand
- 18.04. 10-23 Uhr B469, Brückendemos am Untermain

Weitere Infos (ohne Gewähr) erhalten Sie unter:
ktrm.short.gy/ctET

Warum wir immer noch auf die Straße gehen

„Nie wird es mich reuen, der Wahrheit und dem Recht den Mund geliehen zu haben. Bringt mich nur durch rohe Gewalt zum Schweigen! Recht bleibt Recht!“
(Gustav Heinemann, ehemal. dt. Bundespräsident)

- Wir recherchieren und hinterfragen - seit fünf Jahren oder schon länger.
- Wir möchten ein demokratisches Leben in Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde führen - und sind bereit, dafür aktiv zu werden.
- Wir bauen Netzwerke auf, um uns in Krisensituationen zu unterstützen.

Unsere Gesellschaft steht auf dem Kopf: Statt den Menschen dienen Politik und Wirtschaft immer mehr Großkonzernen und supranationalen Organisationen, welche Macht anhäufen und global oberhalb der Staaten agieren - Gesundheit und Medizin werden zur Ware - Die Ungleichheit wird immer größer - Es werden Gesetze verabschiedet, welche die Demokratie aushöhlen und den Meinungskorridor immer mehr einengen - Wir erleben zu diversen Themen (Kriegs-)Propaganda und Panikmache, die unsere Gesellschaft spaltet. Bitte recherchieren Sie selbst, z.B. bei www.richtig-informieren.de/

Wir fordern von der Politik:

- Eine gerechte Bewirtschaftung unserer Ressourcen für alle Menschen in Deutschland, im Einklang mit Natur und Tierwelt, Menschlichkeit und Ehrlichkeit.
- Eine neutrale Berichterstattung zu gewährleisten, multiperspektivisch & investigativ.
- Runde Tische in unseren Kommunen einzurichten zu den Themen gesellschaftliche Zukunftsgestaltung, regionale Zusammenarbeit und Krisenprävention.
- Waffenlieferungen in Kriegsgebiete zu stoppen, Friedensgespräche einzufordern, die Neutralität und Unabhängigkeit Deutschlands zu fördern, eine multilaterale Weltordnung gleichberechtigter Staaten zu unterstützen.
- Die Rücknahme der Gesetze, die unsere Demokratie untergraben und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit.
- Die Aufarbeitung der Corona-Krise: Beendigung aller Maßnahmen, Offenlegung der Falschinformationen und der Impfschäden, Hilfe für Betroffene, Vollständige Rehabilitation von aufgrund Corona-Gesetzen Verurteilten.

Sprechen Sie uns an bei den Spaziergängen! Jeder ist willkommen!

zusammen@freiheitslauf.de
Frei, einig & friedlich nach Berlin
26. Mai 2026
25. Juni 2026
Freiheitslauf 2026
640 km
Von Neustadt a. d. W. zum Reichstag nach Berlin
infos unter: www.freiheitslauf.de

WELTWEITES FRIEDENSZEICHEN
KARSAMSTAG - 04.04.2026 - 13:00
FRANKFURT AM MAIN - RÖMERBERG
13:30 AUFTAKT
15:30 FRIEDENSLAUF
17:00 ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
FÜR FRIEDEN. FÜR DIALOG. FÜR ZUKUNFT.
KOMMT ZÄHLREICH - BERN IN WEID.
LÄSST DEN FRIEDEN DENKEN, BEIHALT DICH AN DEN DENKEN

Montagsspaziergänge in der Region

Frankfurt	18:00 Uhr	Konstablerwache	Schwetzingen	18:30 Uhr	kleine Planken/Fußgängerz.
Bad Dürkheim	18:30 Uhr	Wurstmarkt vor dem Fass	Seeheim-Jug.	18:00 Uhr	Rathaus Seeheim
Bad Homburg	18:00 Uhr	Rathausvorplatz	Seligenstadt	18:30 Uhr	Kapellenplatz
Bad König	18:00 Uhr	Bahnhof	Tauberbischofsb.	18:00 Uhr	Marktplatz
Bad Kreuznach	19:00 Uhr	Kornmarkt	Viernheim	18:00 Uhr	Rathausparkplatz/Apostelpl
Bensheim	18:00 Uhr	Marktplatz	Wetzlar	18:00 Uhr	Parkplatz neues Rathaus
Bingen	19:00 Uhr	Parkplatz Gerbhausstraße	Worms	18:30 Uhr	Lutherdenkmal
Breuberg/Odw.	18:00 Uhr	Rathaus Neustadt			
Darmstadt	18:00 Uhr	Lui / Neues Rathaus	Dienstag:		
Dieburg	18:00 Uhr	Marktplatz	Ortenberg	18:00 Uhr	Marktplatz
Fulda	18:00 Uhr	Uniplatz			
Griesheim	18:00 Uhr	Rathausplatz	Mittwoch:		
Groß-Gerau	18:00 Uhr	Marktplatz	Lorsch	18:00 Uhr	!!!Tabakbrunnen!!!
Groß-Umstadt	18:00 Uhr	Marktplatz	Oberursel	18:30 Uhr	Park / Adenauerallee
(↑ monatlich)			Roxheim	19:00 Uhr	Friedhofsparkplatz
Heidenh./Brenz	18:00 Uhr	Am Rathaus			
Hockenheim	17:00 Uhr	Am Wasserturm	Donnerstag:		
Ingelheim	18:00 Uhr	Neue Mitte	Frankfurt	15:00 Uhr	HR/Bertramswiese
Kirchheimbolanden	18:00 Uhr	Römerplatz			
Koblenz	19:00 Uhr	Richard-Wolke-Platz			
Langen	18:00 Uhr	Bahnstr./Goethstr.			
Mannheim	19:00 Uhr	Paradeplatz/Kiosk			
Marburg	18:00 Uhr	Elisabeth-Blochmann-Platz			
Meisenheim	19:00 Uhr	Marktplatz			
Nieder-Olm	18:00 Uhr	Rathaus			
Ober-Ramstadt	18:00 Uhr	Rathaus			
Rödermark	19:00 Uhr	Urberach Galluskirche			

Impressum / Redaktion:

D. Hüther, E. Lengfelder, S. Semmler, S. Kohwagner, Ch. Barth
Grafik, Layout: K. Fornoff

Herausgeber: Chris Barth,
c/o Impressumsservice Kathrin Mothes
Geschwister-Scholl-Str. 31
06869 Coswig (Anhalt)

Auflage: 70.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:
Die veröffentlichten Artikel (Stand März 2026) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr.
Mail: redaktion@klartext-rheinmain.de
Web: www.klartext-rheinmain.de
Telegram: t.me/klartext_rheinmain
X/Twitter: x.com/KlartextRM
Insta: www.instagram.com/KlartextRM/
TikTok: tiktok.com/@klartextm